

Nützliche Nachrichten 3 / 2019

Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70 · 51124 Köln · Tel. 0 22 03.126 76 · Fax 0 22 03.126 77 · dialogkreis@t-online.de

Spendenkonto Dialog-Kreis · IBAN DE55 3705 0198 0009 1525 39 · BIC COLSDE33XXX

Redaktion Andreas Buro †, Mani Stenner †, Luise Schatz, Barbara Dietrich, Gisela Penteker und Memo Şahin,

Redaktionsschluss: 28. Februar 2019

dialogkreis@t-online.de



Selbst Abgeordnete dürfen in der Türkei nicht demonstrieren.

HDP-Abgeordnete im Polizeikessel. Dieses Bild ist ein Beleg, wie die Freiheiten mit nackter Polizeigewalt verhindert werden.

Taksimplatz Istanbul am 11. Februar 2019.

INHALT

Neue Wege aus der Verzweiflung	2
Seehofer als verlängerter Arm Erdoğan und das obsolekte PKK-Verbot	3
Aufruf zur Wahlbeobachtung	4
„Erdoğan-Regime bändigen – Menschenleben schützen“	5
Appell an die Bundesregierung, den Bundestag und Öffentlichkeit	6
Eine ganze Stadt steht unter Polizeikessel	8
14 Jahre und drei Monate für Kışanak, 15 Jahre für Tuncel	9
Verschärfte lebenslange Haft für Osman Kavala und Mitangeklagte gefordert	11
Türkische Justiz arbeitet fleißig!	11
Keine Bestätigung der Erklärung von Erdoğan die „Presse sei liberaler geworden“	12
Bericht über zwei Jahre Ausnahmezustand	13
Erdoğan's Kampf gegen „Lebensmittel-Terroristen“	13
Nach Korruptionswahrnehmungsindex belegt die Türkei den 78. Platz hinter Kuwait	15
Rekrutierung von Informanten durch Methoden wie Zwang und Drohungen sowie Entführungsfälle	15
Über Zehntausend Asylanträge der Menschen aus der Türkei im 2018	16
Bundesinnenminister Seehofer verbietet Mesopotamien-Verlag und Mir Multimedia GmbH	16
Azadi: Verbotskarussell dreht sich weiter	17
„Die Würde des Menschen ist unantastbar ...“	18
Hamburger Boxer Özen wurde Reisepass entzogen	20
Juristischer Erfolg für kurdischen Dachverband NAV-DEM	20
Kölner Adil Demirci aus türkischer Haft entlassen	21
Die Türkei und die Muslimbrüder	22
Bundesregierung finanziert Türkei treues Milizbündnis	23
Inhaftierte IS-Kämpfer: Behörden arbeiten an Haftbefehlen	24
Kurden fordern UN-Gericht für IS-Kämpfer	26
Deutschland sollte sie zurückholen	26
Untätigkeit gefährdet die innere Sicherheit Deutschlands und Europas	27
Jesidische Flüchtlinge brauchen Schutz	28
Heckler & Koch wegen illegaler Exporte von G36-Gewehren verurteilt	28
Kurdische Migrant_innen in Deutschland	29
Bürgermeister hinter Gittern – Türkei vor den Kommunalwahlen	29

DER KOMMENTAR

Neue Wege aus der Verzweiflung

Gisela Penteker

Diese Ausgabe der NN ist wieder gefüllt mit traurigen, grausamen, entmutigenden Berichten, die uns bestenfalls mit Zorn, eher mit Resignation und Müdigkeit zurücklassen.

Dabei können wir von den kurdischen Freunden lernen, wie Zorn und Niederlagen immer wieder in Kraft zum Neuanfang münden.

Die Ezidische Community, deren größter Teil in Deutschland Zuflucht gefunden hat, steht nach Jahrhunderte langer Verfolgung und Vertreibung aus ihrem Land vor großen Problemen. Die meisten Familien sind hier gut angekommen, ihre Kinder und Enkel gehören ganz selbstverständlich zu unserer Gesellschaft, sind gut ausgebildet und bringen sich ein. Für viele ist es sicher schwer vorstellbar, in die Herkunftsregion zurückzukehren, selbst wenn Frieden und Sicherheit herrschen sollten. Ihre Kultur, Religion, ihre alten Traditionen sind gefährdet. Danach können Eziden nur Eziden heiraten, als Ezide wird man geboren, man kann es nicht werden. Das stellt in der Diaspora ein existenzbedrohendes Problem dar. Die jungen Eziden, die ich kenne, legen Wert auf ihre Traditionen, finden darin Halt und Orientierung. Das hat gar nichts Gestriges, sie sind moderne engagierte Menschen, denen ihre überkommenen Werte wichtig sind.

Die Ezidische Gemeinschaft hat jetzt in Deutschland ein Wasserschloss gekauft, das gründlich renoviert werden muss und auch in der Unterhaltung ihnen einiges abverlangt wird. Es bietet aber mit vielen Nebengebäuden viele Möglichkeiten, zu einem Zentrum der Begegnung zu werden. Bisher gibt es nur ein Fernsehstudio, das 24 Stunden kurdische Nachrichten sendet. Alle 14 Tage Donnerstagsabend gibt es eine Sendung auf Deutsch, ein Interview mit einem deutschen Unterstützer oder Friedensaktivisten (CIRA TV).

Ich wünsche diesem ehrgeizigen Projekt allen Erfolg. Mir hat es wieder ein bisschen Mut gemacht und Kraft gegeben.

Seehofer als verlängerter Arm Erdogans und das obsolekte PKK-Verbot

Von Elke Dangeleit

„Seehofer wandelt auf den Spuren des türkischen Despoten Erdogan“, empört sich die innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, Ulla Jelpke, zum Verbot des Mezopotamien-Verlages in Neuss und der mit diesem Verlag verbundenen MIR Multimedia-Produktionsfirma. Sie vergleicht dies mit den Verboten kurdischer Zeitungen, Radio- und Fernsehsender in der Türkei.

Tonnenweise wurden Sprachbücher, kurdisch-sprachige Kinderbücher und Bücher zur kurdischen Geschichte beschlagnahmt. Das sei ein Akt staatlicher Zensur und „ein Schlag gegen das Recht von einer Million in Deutschland lebenden kurdischstämmigen Bürgerinnen und Bürgern, ihre Sprache, Kultur und Geschichte zu pflegen“, kritisierte Jelpke.

Der Mezopotamien-Verlag wurde schon vor einem Jahr durchsucht und Bücher beschlagnahmt. Er wurde im Jahr 2000 gegründet und gibt Bücher zu politischer Theorie, zur kurdischen Geschichte und zur jesidischen Religion und Kultur heraus.

Weder die Bücher noch die Musiktitel stehen auf einer Indexliste

Aber auch Sprachbücher, Kinderbücher und Romane befinden sich in seinem Sortiment, darunter Bücher von Abdullah Öcalan, Mehmet Uzun, Yaşar Kemal, Orhan Pamuk, Elif Şafak, Aslı Erdoğan, Selahattin Demirtaş und Amin Maalouf in kurdischer, türkischer und deutscher Sprache. Bücher von kurdischen und türkischen Autoren also, die in der Türkei verfolgt werden.

Auch Weltliteratur von Tolstoi, Stefan Zweig, Eduardo Galeano, Jack London, John Steinbeck, Victor Hugo, Dostojewski, Gogol, Chomski und Bookshin wurde beschlagnahmt.

Der ebenfalls verbotene Musikverlag Mir Multimedia ist eine der wichtigsten Einrichtungen für kurdische Musik. Rund 500 CDs von vielen kurdischen Musikern und Musikerinnen hat er herausgegeben und Tausende Konzerte organisiert. In 35 Jahren hat der Musikverlag ein Archiv mit 500.000 kurdischen Liedern aufgebaut, die sie weltweit gesammelt hatten und das vor einem Jahr ebenfalls beschlagnahmt worden war.

Keines der Bücher und keine der CDs stehen auf einer Indexliste von verbotenen Texten oder Musiktiteln. Das Verbot beruft sich, - ganz in Erdogan-Manier-, auf den Verdacht, der Verlag finanziere die PKK. Was noch zu be-

weisen ist und eine Beschlagnahme legaler Bücher nicht rechtfertigt.

Ayten Kaplan und Tahir Köcer, die Vorsitzenden des kurdischen Dachverbandes NAV-DEM, erklärten, die Entscheidung, einen Buchverlag zu verbieten und abertausende Bücher zu beschlagnahmen, wecke bei ihnen einerseits Erinnerungen an die dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte und andererseits setze das deutsche Innenministerium die kurdenfeindliche Politik der Türkei fort, wo seit Jahrzehnten versucht werde, die kurdische Identität und Kultur auszulöschen. Zuletzt wurde in der Türkei der kurdische Kindersender Zarok TV verboten.

An der Zeit, das PKK-Verbot zu hinterfragen

Langsam wäre es an der Zeit, das in Deutschland seit 1993 geltende PKK-Verbot zu hinterfragen, anstatt die kurdischstämmigen Bürger mit ihren Vereinen und Institutionen zu kriminalisieren. Laut Innenministerium gab es seit den 1990er-Jahren 180 Ermittlungsverfahren gegen vermeintliche PKK-Funktionäre. Mehr als 90 angeklagte Funktionäre und Funktionärinnen seien seitdem in Deutschland verurteilt worden..

In diesen Tagen befreien die kurdischen und arabischen Militäreinheiten der SDF in Nordost-Syrien die letzten Dörfer vom IS, nehmen reihenweise deutsche Islamisten mit ihren Frauen und Kindern fest und verhindern somit, dass sie über die Türkei nach Europa einsickern und hier Anschläge durchführen. 2014 kämpfte die PKK gemeinsam mit der nordsyrischen YPG/YPJ einen Korridor im Shengal frei und rettete tausende Jesiden vor dem IS.

Die Bilder und Videos gingen um die Welt. Es war ebenfalls die PKK und die YPG/YPJ, die gemeinsam mit der Anti-IS-Koalition verhinderten, dass Kobane vom IS eingenommen wird. Der Fraktionschef der CDU, Volker Kauder, regte damals sogar die Bewaffnung der PKK an. „Ich weiß, welche Probleme die Türkei mit der PKK hat, aber zuzuschauen, wie der IS wichtige Grenzstädte einnimmt und sich immer mehr zu einer Bedrohung der weltweiten Sicherheit entwickelt, kann nicht die Lösung sein.“

Damals kritisierte Kauder die Türkei scharf. „Es ist nicht hinnehmbar, dass die Türkei den IS-Nachschub über die türkische Grenze nicht unterbinde, dass den Kurden aus Kobani nach einigen Berichten die Flucht erschwert werde und dass offenbar unabgesprochen Stellungen der PKK bombardiert werden... Wir sind in einer Situation, die auch schnell zu Beistandspflichten der Nato führen kann. Und: Es stehen deutsche Waffensysteme an der Grenze zu Syrien“, wird Kauder zitiert.

Vier Jahre später gibt sich der CSU-Innenminister als verlängerter Arm Erdogans und steht ihm im Kampf gegen die Kurden bei. Der Kampf gegen die Kurden ist das wesentliche Element von Erdogans Nationalismus-Ideologie. Deutschland bekräftigt dies noch mit deutschen Waffen,

Panzern - und Verboten in Deutschland. Wir waren schon mal weiter: Der europäische Gerichtshof erklärte letztes Jahr, die Listung der Arbeiterpartei Kurdistans sei unrechtmäßig.

Der oberste Gerichtshof von Belgien erklärte, die PKK sei keine Terrororganisation, sondern eine Seite in einem bewaffneten Konflikt in der Türkei. Aber „anstatt die Leistungen der PKK im Kampf gegen den IS - und auch ihre ideologische Wandlung der vergangenen Jahre - anzuerkennen, hält das Innenministerium an dem obsoleten und zerstörerischen Verbot weiter fest.

Auch mit den jüngsten Verlagsverboten stellt es hunderttausende Menschen unter Generalverdacht. „Die Bundesregierung macht sich mit ihrer drakonischen Kriminalisierungsstrategie erneut zum Erfüllungsgehilfen eines brutalen Autokraten“, kommentiert das Neue Deutschland das Verbot. (*Elke Dangeleit*)

<https://www.heise.de/tp/features/Innenministerium-verbietet-kurdischen-Verlag-4308622.html>, 13.02.2019

Aufruf zur Wahlbeobachtung

Mit diesem Schreiben möchten wir Sie einladen, die anstehenden Kommunalwahlen, am 31.03.2019, in der Türkei als Wahlbeobachter*innen zu begleiten. Wir haben gute Gründe, davon auszugehen, dass die Wahlen unter extrem antidemokratischen Bedingungen stattfinden werden, wie dies bereits bei den letzten Präsidentschaftswahlen im Juni 2018 und dem Referendum im April 2018 der Fall war.

In den letzten drei Jahren haben Präsident Erdoğan und seine ultranationalistischen Verbündeten, die ohnehin schwachen und fragilen demokratischen Institutionen des Landes praktisch zerstört. Der Charakter dieses neuen Regimes zeigt sich am besten in dem Druck welcher auf die Opposition, zuvorderst und am intensivsten auf die Kurd*innen und die HDP ausgeübt wird. Gegenwärtig befinden sich mehr als 5.000 Mitglieder der HDP im Gefängnis, darunter unser ehemaliger Co-Vorsitzender Selahattin Demirtaş und Figen Yüsekdağ. Außerdem ein aktueller und acht ehemalige Abgeordnete, 59 gewählte kurdische Bürgermeister*innen und viele weitere Parteimitglieder.

Die HDP war nicht das einzige Ziel der Notstandsgesetze, die nach dem misslungenen Putsch im Juli 2016, erklärt wurden. In diesem Prozess wurden mehr als 150.000 Menschen ohne gerichtlichen Beschluss entlassen. Über 2000 NGO's und 200 Medien/Presse, die meisten davon kurdische, wurden verboten. Mehr als 160 Journalist*innen wurden inhaftiert. Um die 80.000 Menschen wurden verhaftet. Unter den Inhaftierten befinden sich neben Abgeordneten und Bürgermeister*innen auch Menschenrechtsaktivist*in-

nen, Gewerkschafter*innen, Journalist*innen, Akademiker*innen und viele andere, die nichts mit dem Putsch und Terrorismus zu tun haben. Das Erdoğan-Regime, betrachtet jeden, der seine Politik kritisiert, als Verräter*in, Terrorist*in oder Staatsfeind.

Es ist wichtig festzuhalten, dass sowohl das Referendum im April 2017 als auch die Präsidentschaftswahlen im Juni 2018 unter enormen Gewalt und Repression der Notstandsgesetze stattgefunden haben. Trotz Änderungen der Wahlgesetze zugunsten der regierenden AKP, des staatlichen Monopols und der Zensur über die Medien, dem Nutzen von öffentlichen Quellen für Wahlkampagnen, der Verhaftung von Politiker*innen sowie zahllosen Betrugs und Unregelmäßigkeiten konnten Erdoğan und seine Verbündeten kaum 51 und 52 Prozent bei dem Referendum und den Präsidentschaftswahlen erzielen. Wahlbeobachtungsdelegationen der OSCE/ODIHR und des PACE dokumentierten diese und andere Betrugsdelikte, Unregelmäßigkeiten und antidemokratische Praktiken der regierenden AKP-MHP Koalition.

Obwohl die Notstandsgesetze im Juli 2018 aufgehoben wurden, bleiben alle Praktiken mit voller Kraft bestehen. Willkürliche Festnahmen, Inhaftierungen und systematische Folter sind alltägliche Praktiken. Es gibt keine Meinungs- und Vereinsfreiheit. Selbst Abgeordnete dürfen keine öffentlichen Reden auf der Straße halten. Wir leben unter den Bedingungen der permanenten Notstandsgesetze, die keinen Raum für Widerspruch lassen. Und da das neue Regime auf ultranationalistischem Populismus basiert, erwarten wir, dass die HDP und die Kurd*innen das Hauptziel staatlicher Gewalt bleiben.

Tatsächlich verschärft sich das harte Vorgehen gegen die HDP im Vorfeld zu den im März 2019 geplanten Lokalwahlen. Die HDP regierte 102 Gemeinden als die Notstandsgesetze ausgerufen wurden. Jedoch setzte, die Regierung, Bürgermeister*innen von 96 der 102 Gemeinde ab und ersetzte sich mit „kayyums“, das heißt von der türkischen Regierung ernannte Gouverneure. 59 kurdische Bürgermeister*innen sind immer noch inhaftiert. Erdoğan drohte kürzlich, dass wenn die HDP in den Wahlen gewinnt, er wieder „kayyums“ einsetzen werde. Und fast jeden Tag gibt es dutzende Ingewahrsamnahmen und Verhaftungen unserer Mitglieder und demokratischer Menschen welche die HDP unterstützen. Trotz dieses rechtswidrigen Drucks verpflichtet sich die HDP dazu, unsere Kommunen zurückzufordern und die Macht der AKP-MHP zu begrenzen, in dem sie demokratische Fronten des Widerstands in den kurdischen Provinzen und im ganzen Land bilden. Angesichts der Bemühungen des Regimes, alle Mächte in Erdoğan's Palast zu zentralisieren, sehen wir diese Wahlen als Gelegenheit, die lokale Demokratie zu verteidigen und die Macht von Erdoğan aus der Peripherie heraus zu beschränken. Angesichts der Umstände, unter denen die

Wahl stattfinden wird, sind wir uns bewusst, dass dies eine schwierige Aufgabe sein wird aber keine unmögliche.

Hiermit laden wir alle internationalen Institutionen und Einzelpersonen die besorgt sind über die demokratische Zukunft der Türkei, die Lokalwahlen vor Ort zu beobachten und zu begleiten. Dabei sollte ein spezieller Fokus auf die kurdischen Provinzen gelegt werden. Die AKP-MHP Koalition wird jede erdenkliche Art von Gewalt, Repression und Betrug anwenden um die Wahlen zu gewinnen. Wir möchten, dass die internationalen Beobachter*innen, den würdigen Kampf der lokalen Bevölkerung gegen diese rechtswidrigen Praktiken vor und am Tag der Wahlen bezeugen. Obwohl die türkische Regierung sich genauso wenig an das Völkerrecht wie an die eigene Verfassung hält, kann die Anwesenheit internationaler Beobachter*innen dazu beitragen, dass ein besseres politisches Klima für die Wahlen geschaffen wird.



HDP-Deutschland
Vertretung der Demokratischen
Partei der Völker in Deutschland e.V.

Für Ihre Fragen und weitere Hilfe kontaktieren Sie bitte:

info@hdp-deutschland.org

<http://civaka-azad.org/kommunalwahl-und-newrozfest-in-der-tuerkei-wahlbeobachtungsdelegation-im-maerz-2019/>

„Erdoğan-Regime bändigen – Menschenleben schützen“

Führende deutsche Menschenrechts- und Friedensorganisationen haben in einem gemeinsamen Aufruf die Bundesregierung aufgefordert, sich gegen die aggressive und antidemokratische Politik des türkischen Präsidenten Erdoğan zu stellen.

In einem gemeinsamen Appell haben führende deutsche Menschenrechts- und Friedensorganisationen die Bundesregierung aufgefordert, sich gegen die aggressive und antidemokratische Politik des türkischen Staatspräsidenten Erdoğan zu stellen. Die Türkei als Mitglied des Europarats, der Nato und Beitrittskandidatin der Europäischen Union habe sich in den letzten Jahren mit rasanter Geschwindigkeit zu einem autokratischen Unrechtsstaat entwickelt, heißt es in dem von Dr. Gisela Penteker, der

Türkeibeauftragen der Deutschen Sektion der Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW), dem Dialog-Kreis „Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“, dem Komitee für Grundrechte und Demokratie und dem Netzwerk Friedenskooperative unterzeichnet wurde.

Türkische Gefängnisse überfüllt mit politischen Gefangenen

Weiter heißt es: „Das Parlament, die Regierung und die Justiz agieren unter dem Diktat Erdogans, das Land wird per Dekret regiert. Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind faktisch abgeschafft. Aller Kritik an Erdogan und seiner Regierung wird mit Härte begegnet. Die türkischen Gefängnisse sind überfüllt mit politischen Gefangenen, kritischen Journalisten, Intellektuellen und Wissenschaftlern aller politischen Couleur“.

In dem Aufruf machen die Unterzeichner*innen darauf aufmerksam, dass die türkische Regierung seit Beendigung des Friedensprozesses mit der PKK im Jahre 2015 einen Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk, sowohl im Inland als auch jenseits ihrer Grenzen, in Syrien und im Irak führt. „Nach der Besetzung von Afrin in Nordsyrien und der Vertreibung der dortigen kurdischen Bevölkerung plant sie seit Wochen, die anderen kurdisch besiedelten Gebiete in Syrien anzugreifen und zu besetzen. Außerdem bombardiert die türkische Luftwaffe tagtäglich Ortschaften in Irakisch-Kurdistan, terrorisiert die Zivilbevölkerung und begeht Massaker. Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages bezeichnet die Türkei als eine Besatzungsmacht in Afrin und in Nordsyrien“, heißt es außerdem.

Politik Erdogans hat negative Auswirkungen auf Sicherheit und Stabilität Europas

Die aggressive Politik Erdogans im Inland und im benachbarten Ausland habe auch negative Auswirkungen auf die Sicherheit und Stabilität Europas. Auch deshalb müsse die Fortsetzung dieser Politik dringend unterbunden werden, fordern die Unterzeichnenden. Konkret richtet der Appell folgende Forderungen an die Bundesregierung:

- » sich gegen die antidemokratischen und rechtswidrigen Machenschaften des Erdogan-Regimes zu stellen,
- » die Augen vor den völkerrechtswidrigen Operationen des türkischen Militärs gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei, im Irak und in Syrien nicht zu verschließen,
- » sich gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten der EU für eine internationale Initiative zur Lösung der Kurden-Frage einzusetzen,
- » sämtliche Rüstungsexporte an die Türkei einzustellen und die Hermesbürgschaften auszusetzen,

- » und den Rückzug der türkischen Besatzungstruppen aus Afrin öffentlich zu fordern und sich gegen eine neue Invasion der kurdischen Gebiete in Syrien zu positionieren.

Die Hungerstreik-Aktionen der Kurd*innen

Weiter heißt es: „Am 15. Februar jährt sich die Verschleppung des Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK), Abdullah Öcalan, in die Türkei. Vor 20 Jahren wurde er durch eine drei Kontinente umfassende Verfolgungsjagd schließlich aus Kenia in die Türkei entführt. Der zu lebenslanger Haft verurteilte Öcalan sitzt seitdem in einem Inselgefängnis (Imrali) in Isolationshaft. 17 Jahre lang war er als einzelner Gefangener in diesem Hochsicherheitsgefängnis. Vor vier Jahren wurden drei weitere Gefangene auf die Insel verlegt.

Alle vier Gefangene befinden sich seit vier Jahren in totaler Isolationshaft. Sie dürfen keine Rechtsanwälte und Familienangehörige empfangen und mit ihnen kommunizieren. Auch Gefangene und Geiseln haben jedoch international anerkannte Rechte. Isolationshaft wird international geächtet und gehört zu den schlimmsten Foltermethoden.

Am 7. November 2018 begann die bei den letzten Wahlen am 24. Juni 2018 gewählte und sich bis zum 25. Januar 2019 in Haft befindende Abgeordnete der HDP, Leyla Güven, einen unbefristeten Hungerstreik, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Zustände in den Gefängnissen und die seit Jahren andauernde Isolationshaft von Öcalan zu lenken sowie die türkische Regierung zur Rückkehr zum von Erdogan vor vier Jahren gekündigten Friedensprozess mit der PKK zu bewegen.

In den darauffolgenden Wochen haben sich Hunderte kurdische Gefangene in der Türkei und ebenso viele Zivilisten in Europa und anderswo dem Hungerstreik angeschlossen. Viele der Hungerstreikenden haben eine kritische Phase erreicht, und Menschenleben sind akut gefährdet.

Daher rufen wir die Bundesregierung dringend dazu auf, ihren Einfluss auf Erdogan geltend zu machen, um ein Ende der Isolationshaft und eine menschenwürdige Behandlung der Gefangenen zu erreichen sowie den Verlust von Menschenleben zu unterbinden. Außerdem sollte die Bundesregierung den Europarat und das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher Behandlung (Committee for the Prevention of Torture, CPT) auffordern, eine Delegation ins Imrali-Gefängnis zu entsenden. Des Weiteren könnte sie die EU-Troika veranlassen, diesbezüglich Gespräche mit der türkischen Regierung zu führen. Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages sollten die in einem unbefristeten Hungerstreik befindende Abgeordnete Leyla Güven besuchen und so deeskalierende Signale an hier in Deutschland lebende Kurd*innen senden.

Wir, die Unterzeichner*innen dieses Appells, möchten die Bundesregierung, die politischen Akteure, Friedens-

und Menschenrechtsorganisationen sowie die demokratische Öffentlichkeit einladen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und entsprechend dieses Appells zu handeln sowie Menschenleben zu schützen!“

<https://anfdeutsch.com/aktuelles/erdogan-regime-baendigen-menschenleben-schuetzen-9569>, 15.02.2019

Appell an die Bundesregierung, den Bundestag und Öffentlichkeit

Wir Bürgerinnen und Bürger dieses Landes und Unterzeichnende dieses Aufrufes machen hiermit die deutsche Bundesregierung sowie die politischen Akteure, NGOs und die Öffentlichkeit auf Folgendes aufmerksam:

Mit der repressiven Politik gegen jegliche Formen demokratischer Oppositionen und der Unterdrückung des kurdischen Volkes sowohl im Inland als auch Ausland hat das Erdogan-Regime in der Türkei nicht nur die gesamte Region in ernsthafte Gefahr gebracht. Diese Repressionen haben auch negative Auswirkungen auf die Sicherheit und Stabilität Europas. Gegen die gefährliche und verantwortungslose Politik des Erdogan Regimes, die den Weg für neue Konflikte und Instabilität in der Region birgt, muss Deutschland eine eindeutige und unmissverständliche Haltung beziehen.

Aus diesem Grund appellieren wir an die Bundesregierung, sich gegen die antidemokratischen und rechtswidrigen Aktivitäten der Türkei zu stellen. Wir rufen zur Solidarität mit der Friedensbewegung in der Türkei auf.

Wir fordern die Bundesregierung, den deutschen Bundestag und die demokratischen Parteien unseres Landes dazu auf:

- » der rechtswidrigen Politik Ankaras nicht tatenlos zuzusehen.
- » die Augen nicht vor den illegalen Operationen des türkischen Militärs gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei, im Irak und in Syrien zu verschließen.
- » sich gemeinsam mit den westlichen Verbündeten, für eine dauerhafte und gerechte Lösung in der kurdischen Region einzusetzen. In diesem Zusammenhang sollte auf internationaler Ebene ein neuer Friedensprozess zur Lösung der Kurdenfrage eingeleitet werden.
- » politische und wirtschaftliche Sanktionen zu prüfen, das Ende des Rüstungsexports an Ankara einzuleiten und die EU-Beitrittsverhandlungen erst dann weiter zu führen, wenn Erdogan unter Beweis gestellt hat, dass er bereit ist zur Demokratie zurückzukehren.

Der Hungerstreik der HDP Abgeordneten Leyla Güven und einer großen Zahl politischer Gefangener sowie weiterer Unterstützerinnen und Unterstützer in Europa erreicht inzwischen gefährliche Dimensionen. Die daraus entstehenden massiven Probleme bedürfen einer sofortigen Lösung. Wir fordern deshalb die unverzügliche Aufnahme der 2015 von Erdogan abgebrochenen Friedensgespräche, um zu einem friedlichen Zusammenleben der Menschen in der Türkei und in Kurdistan zu kommen. Dazu gehört auch die Beendigung der fast dreijährigen Isolationshaft von Abdullah Öcalan.

- » Die kurdische Bevölkerung, die seit Jahren mit Unterstützung der Internationalen Koalition gegen die Gräueltaten des IS im Irak und Syrien gekämpft hat, muss vor den Angriffen der türkischen Armee nach Abzug der amerikanischen Truppen geschützt werden.
- » Wir fordern, dass sich die türkische Armee aus dem besetzten Afrin und Jarablus zurückzieht.
- » Wir fordern die Einrichtung einer Flugverbotszone im Norden Syriens und den westlichen Gebieten Kurdistans durch die Vereinten Nationen. Der Einsatz von Blauhelmen im Grenzgebiet Türkei / Syrien ist dabei unabdingbar.
- » Wir fordern die sofortige Einstellung der Bombardierungen und territorialen Besetzung der Autonomen Region Kurdistans durch die türkische Armee.

UnterzeichnerInnen des Aufrufs:

Heidi Merk (Landesministerin a.D.), Dr. Herbert Schmalstieg (Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover a.D.), Memo Sahin (Vorstandsmitglied Dialog Kreis, Schriftsteller), Faysal Dagli (Schriftsteller-Journalist), Harald Weinberg (MdB, Die Linke), Hanna Kreisel-Liebermann (Pastorin), Norbert Liebermann (Pastor), Doğan Akhanlı (Schriftsteller), Werner Preissner (DGB Region Hannover-Kreisvorsitzender), Hüseyin Narlı (TV-Moderator), Albrecht Kieser (Journalist), Sakina Teyna (Musikerin), Dr. Wolfgang Kreuzberger (Akad.Dir. i.R), Tengezar Marini (Schriftsteller-Sozialarbeiter), Ingrid Lange (Ehemalige Bürgermeisterin der LH Hannover), Mehmet Tanrıverdi (Stellv. Vorsitzender des KGD), Dr. Ellen Scholz (Oberstudienrätin i.R.), Süleyman Ateş (Mitglied des GEW), Eva Schwarz (Verwaltung Bildungsverein), Recep Maraşlı (Publischer-Schriftsteller), M. Emin Pencwini (Politiker), Bernhard Pfitzner (Mathematiker), Hassan Irandost (Schriftsteller), Marion Padua (Stadträtin der Linken Liste Nürnberg), Halit Temli (Lehrer-ex Vorsitzender İHD Diyarbakir), Kai Weber (Geschäftsführer Flüchtlingsrat), Fehim Işık (Journalist), Helga Döring-Kles (Bibliothekarin und Politikwissenschaftlerin), Sharo Ibrahim (Akademiker), Rênas Sahin (Mitglied des Landesvorstandes der Grünen Jugend NRW), Xelil Xemgin (Musiker), Dr. med. Friedrich Dörr (Arzt), Sherif Kaplan (Schriftsteller), Angelika Beck (Heilpraktikerin), Ali Çatakçin (Vorsitzender des Vereins Der-

sim Yeniden İnşa Cemiyeti), Baker Schwani (Dolmetscher), Dr. med. Günther Egidi (Arzt), Halim Yusuf (Schriftsteller), Sigrid Elbe (Renterin), Ali Köylüce (TV-Moderator), Paul Stern (DGB-Kreisvorsitzender Celle), Ayşe Fehimli Kuzu (Die Linke, Bag LISA Frauensprecherin), Jammal Hevyder Abdo (Architekt-Künstler), Heinz H. Witte (Unternehmensberater), Örfi Pervane (Geschäftsmann), Inge Domröse (Psych. Psychotherapeutin), Xiyasedin Zaroj Sterk (Dozent, Lehrer), Ulrike Hölzchen (Lehrerin), Ahmet Kahraman (Schriftsteller), Andrea Höhn (Dipl. Sozialwissenschaftlerin), Abdi Yarcu (Rechtsanwalt), Erwin Lutz (ehemaliger Chefredakteur), Shefik Botî (Lehrer), Helga Nowak (Dipl.-Volkswirtin), Newaf Miro (Dichter), Elizabeth Meerman (Diplom-Sozialpädagogin), Midas Azizi (Politikwissenschaftler), Anne Gerdum (Rentnerin), Ayhan Ciftci (Unternehmensberater), Inge Kammerhoff (Angestellte), Erkan Dinar (Stadt und Kreisrat), Edeltraut Stutfield (Rentnerin), Zerdeşt Kal (Theaterschauspieler), Gunda Schröder (Ratsfrau a.D. des Rates der Landeshauptstadt Hannover), Suna Guven (Psychotherapeutin), Hans Norden (Lehrer i.R), **Dr. Kay Schweigmann-Greve** (Justiziar)

Eine ganze Stadt steht unter Polizeikessel

Am 15. Februar wollten Kurden sich in Diyarbakir treffen und sich mit der Abgeordneten Leyla Güven, die sich seit 100 Tagen im Hungerstreik befindet, solidarisieren. Alle Wege nach Diyarbakir wurden von der Polizei gesperrt, alle Plätze blockiert.

Das Versammlungsrecht wird von der Beitrittskandidatin der EU und Mitglied des Europarats mit Füßen getreten. Selbst gewählte Volksvertreter dürfen nicht auf die Straße.

Erdogan lässt Europa und seine Werte grüßen!



Umzingelte Abgeordnete der HDP.

Fotos: <https://www.artigercek.com/haberler/diyarbakir-da-leyla-guven-ablukasi-valilik-hedef-gosterdi>



Und Nusaybin. Abgeordnete der HDP eingekesselt.

Wenn selbst Parlamentarier nicht auf die Straße gehen können, wer dann? Ein Beispiel der a Lá Turca Demokratie im Jahre 2019!

Foto: <https://www.artigercek.com/haberler/bekaroglu-ndan-soylyu-ya-milletvekilleri-dovuluyor-sesimizi-cikarmayacak-miyiz>, 16.02.2019



Auf dem Boden liegende Person ist kein Aktivist, sondern eine Abgeordnete der HDP, Saliha Aydeniz. Sie wird von der Polizei tätlich angegriffen und liegt auf dem Boden in Diyarbakir.

<https://www.artigercek.com/haberler/halk-tarafindan-secilen-vekillerine-yapilan-iste-boyle-ozel-bir-muamele>



In einem Land, in dem die Polizei selbst die gewählten Volksvertreter attackiert, sie schlägt und drangsaliert, bleiben die türkischen Rassisten nicht untätig. Mehrere Fußballspieler von Cizre-Spor wurden nach Ende des Spiels in Antalya am 17. Februar angegriffen und verletzt.

Foto: <https://www.artigercek.com/haberler/cizre-spor-a-irkci-saldiri-oyuncular-darp-edildi>

14 Jahre und drei Monate für Kışanak, 15 Jahre für Tuncel

Die kurdischen Politikerinnen Sebahat Tuncel und Gültan Kışanak sind wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung in der Türkei zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt worden.



Im Oktober 2016 ist die Ko-Bürgermeisterin von Amed (Diyarbakir), Gültan Kışanak, verhaftet worden. Im gleichen Ermittlungsverfahren wurde einen Monat später auch die Ko-Vorsitzende der Partei der Demokratischen Regionen (DBP), Sebahat Tuncel, inhaftiert. Am zwölften Verhandlungstag am 1. Februar 2019 wurde im Prozess gegen die beiden kurdischen Politikerinnen in Meletî (Malatya) das Urteil gesprochen. Wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und „Terrorpropaganda“ erhielt Gültan Kışanak eine Haftstrafe von 14 Jahren und drei Monaten, Sebahat Tuncel von 15 Jahren.

Gültan Kışanak kritisierte vor Gericht, dass bei den Ermittlungen offizielle Dokumente der Stadtverwaltung zu Papieren einer verbotenen Organisation umgewidmet wurden: „Wenn alle organisatorischen Dokumente für Dienstleistungen als Dokumente einer verbotenen Organisation eingestuft werden, kann man nur den Schluss ziehen, dass diese Organisation gute Arbeit leistet.“ Die abgesetzte Oberbürgermeisterin wies alle Anklagepunkte zurück.

„Ich habe mich auch nicht vor Esat Oktay gebeugt“

Gültan Kışanak ging in ihrer Prozessklärung auch auf ihre Haftzeit in den 1980er Jahren ein, in der sie zusammen mit der PKK-Mitbegründerin Sakine Cansız im berühmten Gefängnis von Amed gegen die Folter Widerstand leistete: „Ich bin mit 19 Jahren ins Gefängnis gekommen und habe mich nicht der Grausamkeit Esat Oktays gebeugt. Weil ich für ihn nicht aufgestanden bin, wurde ich zwei Monate lang in einem zwei Quadratmeter großen Hundezwinger festgehalten. Ich habe die Militärmärsche, zu denen ich gezwungen werden sollte, nicht vorgetragen und ich habe mir keinen militärischen Haarschnitt verpassen lassen, deshalb bin ich gefoltert worden.“

„Trotz alledem habe ich geglaubt, dass die Grausamkeit eines Tages enden wird. Ich habe mir meine Hoffnung und damit meine geistige Gesundheit bewahrt. Das habe ich noch nie zur Sprache gebracht, aber mir wird jetzt vorgeworfen, was ich erlebt habe. Was hier angeführt wird, kann in keiner Weise als Straftat definiert werden. Ohne eine Aufarbeitung der Grausamkeit des Gefängnisses von Amed kann keines der bestehenden Probleme gelöst werden. Als Bülent Arinç hörte, was ich erlebt habe, sagte er: ‚Wenn ich an der Stelle dieser Frau gewesen wäre, wäre ich in die Berge gegangen.‘ Aber das habe ich nicht getan. Ich habe hier weiter Widerstand geleistet. In meiner Nachbarzelle wurde ein Mann durch Schläge und Folter getötet. Seine Ehefrau war bei mir und wir hörten zusammen seine Schreie. Dieser Staat schuldet mir eine Entschuldigung, aber stattdessen macht er daraus jetzt eine Straftat. Ich werde diesen Tatbestand niemals akzeptieren.“



Herbert Schmalstieg, ehemaliger Oberbürgermeister von Hannover und Sprecher des Freundekreises Hanno-

ver-Diyarbakir fordert die sofortige Aufhebung der skandalösen Unrechtsurteile. „Nach fast 28-monatiger Untersuchungshaft wird ein Urteil gesprochen, dass jeglicher Grundlage entbehrt und zeigt, dass es in der Türkei keine unabhängige Justiz mehr gibt. Die Urteile gegen Kışanak und Tuncel sind erneute Beispiele der von Erdoğan und seiner AKP gleichgeschalteten Justiz“, sagte Schmalstieg.

Er erwarte von der Bundesregierung, der Europäischen Union und von den im Bundestag vertretenen Parteien, von der Türkei Rechtsstaatlichkeit einzufordern und die Freilassung der politischen Gefangenen zu verlangen.



Faruk Doru, Gültan Kışanak, Herberst Schmalstieg und Peter Hamon (v.l.n.r.) 2016 in Hannover

Wer ist Sebahat Tuncel?

Die Politikerin, Feministin und ehemalige Krankenschwester Sebahat Tuncel wurde im Jahr 2006 aufgrund des Verdachts der PKK-Mitgliedschaft angeklagt und inhaftiert. Ein Jahr zuvor gründete sie mit führenden kurdischen Politiker*innen die Partei der demokratischen Gesellschaft (Demokratik Toplum Partisi, DTP), die sich für die nationale Anerkennung der Kurd*innen und eine friedliche Lösung der kurdischen Frage einsetzte. Die Partei wurde am 11. Dezember 2009 durch Entscheidung des Verfassungsgerichts verboten.

Für die Parlamentswahlen 2007 kandidierte die heute 44-Jährige als unabhängige Kandidatin für die Provinz Istanbul und gewann mit 93.000 Stimmen im dritten Wahlbezirk. Daraufhin wurde sie am 25. Juli 2007 aus der Haft entlassen. Tuncel ist damit die erste Abgeordnete, die aus dem Gefängnis heraus eine Wahl gewann.

Nach dem Verbot der DTP trat Tuncel der Partei des Friedens und der Demokratie (Barış ve Demokrasi Partisi, BDP) bei. Für die Parlamentswahlen im Juni 2011 stellte sie sich als unabhängige Kandidatin wieder für Istanbul auf und wurde wiedergewählt. 2014 wurde die BDP auf dem dritten Parteikongress umbenannt. So entstand die heutige Partei der demokratischen Regionen (Demokratik Bölgele Partisi, DBP), deren Ko-Vorsitzende Sebahat Tuncel ist. Anders als zuvor die BDP konzentriert sich die DBP auf ein Engagement auf lokaler Ebene. Die Teilnahme an natio-

nen Parlamentswahlen übernimmt als Schwesterpartei die HDP. Das erklärte Ziel der DBP ist die Vertretung der Interessen der kurdischen Bevölkerung und eine Dezentralisierung der Türkei.

Sebahat Tuncel ist am 15. Januar im Gefängnis von Kandira in einen unbefristeten Hungerstreik gegen die Isolation Abdullah Öcalans getreten. Gültan Kışanak hatte zuvor einen zehntägigen Hungerstreik durchgeführt.

Wer ist Gültan Kışanak?

Bevor Gültan Kışanak Bürgermeisterin der Stadt Amed wurde, war sie Abgeordnete der BDP im türkischen Parlament und Ko-Vorsitzende der Partei. Im Jahr 1980 wurde sie nach dem Militärputsch vom 12. September als 19-Jährige festgenommen und im berüchtigten Kerker von Amed, der „Hölle Nr. 5“ gefoltert. Nach rund zwei Jahren im Gefängnis studierte Kışanak zunächst Türkisch an der Dicle-Universität in Amed, brach jedoch ab und begann 1986 ein Studium für Journalismus und Öffentlichkeitsarbeit an der Fakultät für Kommunikationswissenschaften der Ege Üniversitesi in Izmir.

Ab 1990 arbeitete sie als Journalistin für verschiedene prokurdische Zeitungen, unter anderem für die Yeni Ülke und Özgür Gündem. Später wurde sie Chefredakteurin von Özgür Gündem in Istanbul. Nach dem Verbot der Zeitung arbeitete sie in leitender Funktion für die Nachfolgezeitung Özgür Ülke. Bis 2002 war sie bei verschiedenen Zeitungen tätig, unter anderem als Kolumnistin für die Yeniden Özgür Gündem.

Bei den Regionalwahlen 2014 wurde die heute 57-Jährige mit 55,1 Prozent der Stimmen als erste Frau zur Bürgermeisterin von Amed gewählt. Als Bürgermeisterin der kurdischen Großmetropole ließ sie das Gefängnis, in dem sie einst gefoltert wurde, zu einem Museum umbauen.

<https://anfdeutsch.com/frauen/14-jahre-und-drei-monate-fuer-kisanak-15-jahre-fuer-tuncel-9305>, 2.2.2019

Verschärfte lebenslange Haft für Osman Kavala und Mitangeklagte gefordert

Amnesty International Deutschland, das KulturForum TürkeiDeutschland, die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union dju in ver.di und das PEN-Zentrum Deutschland sind schockiert über die Strafforderung für Osman Kavala und seine Mitangeklagten und solidarisieren sich mit dem offenen Brief türkischer Menschenrechtsorganisationen vom 27. Februar 2019.



Nach seiner Festnahme im Oktober 2017, nach nunmehr 500 Tagen, die er in Isolationshaft eingesessen hat, legte der Staatsanwalt am 20.02.2019 die Anklageschrift gegen Osman Kavala und seine Mitangeklagten vor. Für den 62-jährigen Osman Kavala wie auch seine Mitangeklagten Hakan Altınay, Ayşe Mücella Yapıcı, Pınar Alabora, Can Dündar, Cigdem Mater, Gökçe Yılmaz, Handan Meltem Arıkan, Hikmet Germiyanoğlu, İnanç Ekmekçi, Memet Ali Alabora, Mine Ozerden, Can Atalay, Tayfun Kahraman, Yigit Aksakoglu, Yiğit Ali Ekmekçi wird erschwerte lebenslange Haft gefordert. Allen Angeklagten wird vorgeworfen, Pläne zum Sturz der verfassungsgemäßen Ordnung und der Regierung der Republik Türkei verfolgt zu haben. Kavala selbst wird darüber hinaus beschuldigt, seit 2011 die Gezi-Proteste im Jahre 2013 geplant, organisiert und finanziert zu haben. Außerdem soll er Verbindungen zu den vermeintlichen Organisatoren des Putschversuchs im Sommer 2016 gehabt haben. Alle diese Vorwürfe entbehren jeglicher Grundlage.

Osman Kavala und seine Anwälte erhielten bis zur Vorlage der Anklageschrift keine Einsicht in die Ermittlungsakten und keine konkreten Informationen über die gegen ihn erhobenen Vorwürfe. Währenddessen wurde er zum Ziel einer Verleumdungskampagne in den regierungsnahen Medien, denen offensichtlich Einblick in die Ermittlungen gewährt wurde.

Osman Kavala, hat sein Leben und sein Vermögen der Förderung der Zivilgesellschaft und der Kultur in der Türkei

gewidmet. In den vergangenen 30 Jahren hat er zahlreiche unabhängige Menschenrechtsorganisationen unterstützt und eine Reihe von zivilgesellschaftlichen Organisationen mitgegründet, so zum Beispiel die Helsinki Citizens' Assembly (jetzt genannt Citizens' Assembly), eine NGO zur Förderung der Menschenrechte, und Anadolu Kültür, eine Stiftung zur Förderung der kulturellen Verständigung in der Türkei. Er und seine Mitangeklagten setzen sich für die kulturelle Vielfalt der Türkei, für Menschenrechte, gegenseitiges Verständnis und die friedliche Lösung von Konflikten ein.

Amnesty International Deutschland, das KulturForum TürkeiDeutschland, die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union dju in ver.di und das PEN-Zentrum Deutschland sehen in dieser Anklage, für die es keinerlei faktische Grundlage gibt, den forcierten Versuch die Zivilgesellschaft weiter einzuschüchtern und jegliche demokratische Opposition auszuschalten. Wir fordern die türkische Regierung auf, die haltlosen Vorwürfe fallenzulassen und Osman Kavala und den ebenfalls inhaftierten Yiğit Aksakoglu freizulassen und solidarisieren uns mit dem offenen Brief von türkischen Menschenrechtsorganisationen vom 27. Februar 2019.

Die Bundesregierung fordern wir auf, sich entschieden gegen die Verfolgung von Osman Kavala und seiner Mitangeklagten zu wenden und sich mit Nachdruck für deren sofortige Freilassung einzusetzen.

<https://www.facebook.com/Kulturforum/photos/fpp.177281932332131/2148084405251864/?type=3&theater>

Türkische Justiz arbeitet fleißig!

Die anhaltenden Justizskandale und Menschenrechtsverletzungen in der Türkei nehmen mittlerweile groteske Formen an. Doch es gibt immer noch mutige Menschen und zivilgesellschaftliche Organisationen, die ihre Stimme gegen das Unrecht erheben. Hier seien exemplarisch nur einige der gravierenden Ereignisse aus den letzten Wochen genannt:

- » die abgesetzte Oberbürgermeisterin von Diyarbakır, **Gültan Kışanak**, Mitglied der oppositionellen türkisch-kurdischen Partei **HDP**, wurde wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation“ zu 14 Jahren Haft verurteilt; gegen die ehemalige kurdische Abgeordnete des türkischen Parlaments, **Sebahat Tuncel**, wurde eine 15-jährige Haftstrafe verhängt.
- » Die 75-jährige Journalistin **Nazlı Ilıcak** wurde in Istanbul wegen „Geheimnisverrats“ zu fünf Jahren und zehn Monaten Haft verurteilt. Die konservative Kolumnistin, die früher auch für **AKP**-nahe Zeitungen geschrieben

hatte, war bereits im Februar 2018 wegen versuchten Umsturzes zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Im selben Prozess erhielten auch Autor und Journalist **Ahmet Altan** und sein Bruder, der Ökonomeprofessor **Mehmet Altan**, lebenslängliche Freiheitsstrafen. Ein weiteres Schreiben von Anwälten des Istanbuler Unternehmers und Kulturmäzens **Osman Kavala**, der seit über 14 Monaten ohne Anklage in Haft sitzt, in dem sie nach Gründen seiner Inhaftierung fragten, blieb erneut unbeantwortet.

- » **Nazlı Masatçı**, eine Schauspielerinnen aus Izmir, wurde wegen eines Textes, den sie im Rahmen ihrer Rolle in einem Theaterstück rezitierte, zu einer 18-monatigen Haftstrafe verurteilt. Gegen sie war bereits 2010 wegen einer Vorführung des **Gogol**-Stücks „Der Mantel“ vor Wehrdienstverweigerern sechs Monate Haft verhängt worden.
- » Der ehemalige **CHP**-Abgeordnete **Eren Erdem** sollte eigentlich auf Anordnung eines Gerichts nach sieben Monaten aus der Untersuchungshaft im Gefängnis Silivri Istanbul entlassen werden, doch ein anderes Gericht entschied, er müsse in Haft bleiben. Aus Protest hat Erdem nun einen Hungerstreik begonnen.

www.das-kulturforum.de

Keine Bestätigung der Erklärung von Erdogan die „Presse sei liberaler geworden“

In einer Presseerklärung aus Anlass des „Tags der arbeitenden Journalisten“ am 10. Januar 2019 gab Präsident Erdoğan an, die Presse sei in den letzten 16 Jahren liberaler geworden. Die in dieser Zeit durchgeführten Reformen hätten zu einer Bereicherung und Vielfältigkeit der türkischen Presse beigetragen und zu einer demokratischeren und liberaleren Form verholfen.

Das Datenmaterial der Berichte von bianet über die Meinungsfreiheit zeigen genau das Gegenteil:

123 Journalisten waren am 1. Oktober 2018 im Gefängnis

Der Bericht über den Zeitraum Juli-August-September 2018 listet auf:

- » 7 Journalisten wurden festgenommen.
- » 85 Journalisten wurden entlassen.
- » 37 Journalisten wurden vor Gericht wegen Beleidigung angeklagt.

- » 20 Journalisten drohten insgesamt 93 Jahre und 4 Monate Gefängnis unter der Anklage „Beleidigung des Präsidenten“.
- » 247 Journalisten drohten insgesamt in 46 Fällen erschwerte lebenslange Haft, in einem Fall lebenslange Haft, 2.855 Jahre und 6 Monate Gefängnis und 30.000 Türkische Lira als Geldstrafen.
- » Der Zugang zu mindestens 2.518 Nachrichtenmeldungen und Artikel wurde verboten.
- » Der Hohe Rat für Radio und Fernsehen (RTÜK) verhängte Geldstrafen von insgesamt 2.033.185 Türkische Lira gegen Fernsehkanäle.
- » Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (ECtHR) verurteilte die Türkei zu Entschädigungszahlungen von 2.500 Euro wegen Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung.
- » 123 Journalisten waren am 1. Oktober 2018 im Gefängnis.

Zwischen 2001 und 2011 inhaftierte Journalisten

Laut den Media Monitoring Reports von bianet für die Zeit von 2001 bis 2011 waren von 2001–2004 nicht mehr als 10 Journalisten inhaftiert, 15 Journalisten von 8 Medien-erzeugnissen wurden 2004 inhaftiert. 2007 wurden 20 Journalisten von 11 verschiedenen Medienerzeugnissen inhaftiert. Am 31. Dezember 2011 waren insgesamt 104 Journalisten und 30 Zeitungsverteiler/Medienarbeiter in der Türkei hinter Gittern.

Zwischen 2012 und 2017 inhaftierte Journalisten

Laut den BIA Media Monitoring Reports war die Zahl der in der Türkei von 2012-2017 inhaftierten Journalisten wie folgt:

2012 – 68 inhaftierte Journalisten
2013 – 59 inhaftierte Journalisten
2014 – 22 inhaftierte Journalisten
2015 – 31 inhaftierte Journalisten
2016 – 131 inhaftierte Journalisten
2017 – 122 inhaftierte Journalisten

Hier finden Sie alle BIA Media Monitoring Reports:

<http://bianet.org/english/diger/117328-bia-media-monitoring-reports>, BIA News Desk, 09.01.2019

Demokratisches TürkeiForum e.V.,

www.tuerkeiforum.net, info@tuerkeiforum.net

Bericht über zwei Jahre Ausnahmezustand

Die Deutsche Welle berichtet am 21.01.2019, dass zwischen dem 2. August und dem 23. September 2018 die Gruppe Gerechtigkeit für die Opfer 3.776 Personen befragte, die von Maßnahmen des Ausnahmezustands betroffen sind und einen Bericht darüber verfasste. Demnach seien mehr als 250.000 Staatsbürger unmittelbar zu Opfern geworden, mehr als 1,5 Millionen seien als Angehörige von den Benachteiligungen betroffen. In den 2 Jahren seit Verhängung des Ausnahmezustands wurden 125.800 Personen per Dekret aus dem Öffentlichen Dienst entlassen. Gegen insgesamt 446.000 Personen wurden rechtliche Maßnahmen eingeleitet. Aktuell laufen noch mehr als 100.000 Ermittlungsverfahren und mehr als 48.000 Gerichtsverfahren. Mehr als 33.000 Menschen sitzen in Haft wegen des Vorwurfs der Mitgliedschaft in der Gülen-Struktur bzw. wegen des Vorwurfs der Beteiligung an dem Putschversuch. 99,64 % der per Dekret entlassenen Betroffenen seien während des nach dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 verhängten Ausnahmezustands zum ersten Mal mit dienst- oder strafrechtlichen Ermittlungen konfrontiert gewesen. 98,7 Prozent der von der Gruppe Gerechtigkeit für die Opfer befragten Betroffenen haben einen Hochschul- oder höheren Bildungsabschluss, während dieser Anteil auf die gesamte Türkei bezogen bei 17 % liegt. 25 % der Betroffenen haben einen Masterabschluss oder sind promoviert. 83,9 % der Befragten gaben an, sie würden die Türkei verlassen und in einem anderen Land leben wollen, wenn sie die Möglichkeit bekämen. Ein großer Teil der betroffenen Militärangehörigen gab an, sie seien mit Befehlen, wie „Es gab einen Terroranschlag“, „Ein Aufstand ist im Gange“, „Manöver“ oder „Nachtdienst“ in den Putschversuch verwickelt worden.

Der insgesamt 1000 Seiten umfassende Bericht behandelt insbesondere folgende Themen:

- » 86 % der Befragten bestätigen, dass die Gefängniszellen, in welche die Bürger geworfen werden, 3-fach überbelegt werden.
- » 46 % der Befragten erklärten, dass es in den Gefängnissen im Winter Heizprobleme gibt, 83 %, dass es im Sommer Schwierigkeiten mit der Klimatisierung gibt.
- » 67,8 % der Befragten finden, dass das Gefängnispersonal die Gefangenen nicht menschlich behandeln. 37 % gaben an, mindestens einmal Selbsttötungsgedanken gehabt zu haben.
- » Während das durchschnittliche Einkommen der Opfer vor dem Ausnahmezustand 3.500 Lira betrug, sei es bis heute auf 800 Lira zurückgegangen.
- » Die Zahl der im Gefängnis lebenden Kinder beträgt 700.

- » 95,3 % der Befragten benannten finanzielle Schwierigkeiten als ihr größtes Problem. An zweiter Stelle steht für 86,6 % der Befragten die Degradierung und Diskriminierung. Für 83,1 % ist das größte Problem die Arbeitslosigkeit. 41,6 % erlebten die Auflösung ihrer Familien.
- » 49 % der Befragten geben an, nicht in Gefängnissen in der Nähe ihrer Angehörigen untergebracht zu sein, was zu sehr langen Wegen und damit verbunden auch einer Vielzahl von Verkehrsunfällen.

Im Bericht heißt es weiter, die Unschuldsvermutung, das Grundprinzip des modernen Rechts, gelte für die Opfer des Ausnahmezustands nicht: „Während eigentlich der Ankläger die Schuld des Beschuldigten oder Angeklagten beweisen müsste, hat man nun die Beweislast umgekehrt, und die Opfer müssen ihre Unschuld beweisen. Denjenigen, die in dieser Atmosphäre der Unterdrückung ihre Unschuld erklären, wird nicht selten vorgeworfen, sie verhielten sich „organisationskonform“. Während des Ausnahmezustands und in der Zeit danach habe man den Opfern und ihren Angehörigen jegliche Rechts- und Arbeitsplatzsicherheit genommen. Durch Arbeits- und Ausreiseverbote seien die Menschen gezwungen zu hungern. In dem Bericht wird auch auf die Praxis der Kommission zur Untersuchung von Maßnahmen nach Ausnahmezustandsrecht eingegangen, welche als einziger Rechtsweg zur Wiedererlangung der verletzten Rechte der meisten der Opfer aufgezeigt wird. Die Kommission wende bei der Behandlung der Anträge von Geschädigten Kriterien an, die weder objektiv noch rechtlich haltbar seien. „Vielmehr werden die von der Regierung festgelegten politischen Kriterien angewandt, was zu einer Verlängerung der Benachteiligung der Opfer und dazu führt, dass die Opfer noch länger dauernde Benachteiligungen erleiden müssen. Die Kommission muss diese Praxis, die im modernen Recht keinen Platz hat, unbedingt beenden und bei der Bearbeitung der Anträge die vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte oder der Venedig-Kommission des Europarats vorgeschlagenen Kriterien anwenden.“

Tunca Öğreten

Demokratisches TürkeiForum e.V.,

www.tuerkeiforum.net, info@tuerkeiforum.net

Erdoğan's Kampf gegen „Lebensmittel-Terroristen“

Das türkische Statistikamt TÜİK hat die Inflationsrate für den ersten Monat des noch jungen Jahres mit 1.06 % beziffert. Die Jahresteuern lag im Januar somit bei 20,35 %. Damit gehört die Türkei zu den Ländern mit der weltweit höchsten Inflationsrate. Mit fast 31 % liegt die

Teuerungsrate bei Lebensmitteln noch deutlich über dem schon sehr hohen allgemeinen Wert. Zwischen Dezember 2018 und Januar 2019 stiegen die Preise für Lebensmittel und nichtalkoholische Getränke um fast 6,5 % an. Der Preis von Paprika z.B. stieg um rund 88 %, Auberginen um 81 %. Medienberichten zufolge sahen sich manche Supermarktketten dazu gezwungen, als Reaktion auf den Preisanstieg auf den Verkauf dieser beiden Gemüsesorten gänzlich zu verzichten. Der Unmut in der Bevölkerung ist groß und aufgrund der bevorstehenden Kommunalwahlen wurden die Nahrungsmittelpreise zum wichtigsten Thema der letzten Wochen. Zu Beginn des Jahres blicken viele Bürger ohnehin mit Sorge in die Zukunft.

Erdoğan hingegen erweiterte zum wiederholten Mal die Definition des Begriffs „Terrorismus“ – und sprach von „Lebensmittel-Terrorismus“: „Vor wenigen Tagen haben sie begonnen, ein Spiel mit der Türkei zu spielen. Die Preise für Auberginen, Tomaten, Kartoffeln und Gurken eskalieren. Das ist eine Terror-Attacke“, sagte Erdoğan in Ankara. So, wie man Terroristen bekämpfe, wolle man jetzt auch die bekämpfen, die „Lebensmittel-Terror“ verbreiteten. Ironisch heißt es in den sozialen Medien bereits, die Türkei habe nun wohl noch einen terroristischen Feind mehr: Neben FETÖ, PKK und IS sei jetzt noch „VTO“ getreten, die „Vegetable Terror Organisation“. Wie stets, wenn etwas schief läuft, hat Erdoğan einen anderen Verantwortlichen ausgemacht: In den vergangenen Wochen hatte er immer wieder den Bauern die Schuld an den hohen Preisen gegeben: „Wer Kartoffeln und Zwiebeln hortet, wird seine Strafe bekommen“.

Doch laut Experten ist die Krise im Lebensmittelsektor hausgemacht. Die Regierung habe sich bei der Agrarpolitik vor allem auf den Export von Lebensmitteln fokussiert, worunter die Selbstversorgung gelitten habe. Laut Experten haben Missernten und ein verregener Sommer die Lage weiter verschärft. Deshalb sei die Türkei dazu gezwungen, Lebensmittel zu importieren. Doch aufgrund der massiven Abwertung der türkischen Lira haben sich die Importpreise stark erhöht.

Jetzt, eineinhalb Monate vor den wichtigen Kommunalwahlen, unternahm Erdoğan einen „unorthodoxen“ Schritt, um den Unmut über die Lebensmittelpreise in der Bevölkerung zu bremsen. Zusammen mit den Kommunen hat die Regierung begonnen, Gemüse billig an die Bürger zu verkaufen. Finanzminister Albayrak zufolge, gibt es staatliche Verkaufsstellen zunächst in den beiden größten Städten des Landes, Istanbul und Ankara. In den kommenden Tagen und Wochen soll die Anzahl der Stände erweitert werden und auch in anderen Städten soll der Verkauf von subventionierten Lebensmitteln beginnen. Die Stände würden für zweieinhalb Monate aufgestellt, so der Vorsitzende der Landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaft der Türkei, Fahrettin Poyraz. Das Gemüse kostet hier nur die Hälfte des Preises, den private Händler verlangen. Es sind

aber nur Einkäufe von maximal drei Kilogramm pro Person, Tag und Sorte erlaubt und es werden bislang nur neun verschiedene Gemüsesorten angeboten. Das weckt bei vielen Menschen unglückliche Erinnerungen an die Vergangenheit, als in der Türkei bestimmte Nahrungsmittel nur durch Lebensmittelmarken bezogen werden konnten. Die Vorsitzende der oppositionellen İyi-Partei, Meral Akşener, kommentierte: „Die strategisch wichtigsten Firmen werden privatisiert und an ausländische Investoren verkauft. Der Staat hingegen verkauft Tomaten und Paprika! Wundert Euch nicht, wenn demnächst Lebensmittelmarken ausgegeben werden“.

Medienberichten zufolge hat der Verkaufsstart von „staatlichem Gemüse“ auch zu Preissenkungen in den Supermärkten geführt. Am ersten Tag bildeten sich lange Schlangen vor den Zelten; viele Bürger beklagten, dass bereits in den frühen Morgenstunden viele Produkte ausverkauft waren. Laut Erdoğan soll die Produktauswahl in den kommenden Tagen um Reinigungsmittel erweitert werden. „Somit werden meine Bürger, meine Schwestern Ayşe und Fatma, Ahmet und Mehmet, auf idealste Weise von diesem Rabatt profitieren“, so Erdoğan. Agrarminister Bekir Pakdemirli kündigte außerdem an, dass demnächst auch der Verkauf über das Internet ermöglicht werden soll.

In Istanbul, wo in 34 Bezirken an 50 Ständen der Verkauf begonnen hat, wurden nach Angaben der Behörden in den ersten beiden Tagen knapp 300 Tonnen Gemüse verkauft. Laut Recherchen des Journalisten und ehemaligen CHP-Abgeordneten Barış Yarkadaş macht die Stadt pro Tag etwa 200.000 TL, umgerechnet etwa 33.000 Euro, Verlust, da sie die Produkte unter dem Einkaufspreis verkaufe. Die CHP warf der Regierung vor, mit den öffentlichen Verkaufsstellen für Gemüse kurz Wahlkampf zu betreiben und von den wahren Problemen der Landwirtschaft abzulenken. „Die Landwirtschaft ist am Ende. Vom Weizen über die Gerste bis zum Heu wird heute alles importiert. Solange das Feuer auf den Felder nicht gelöscht ist, kann auch das Feuer in den Küchen nicht gelöscht werden“, so CHP-Parteisprecher Faik Öztrak. Durmuş Yılmaz, Vizevorsitzender der oppositionellen İyi-Partei und ehemaliger Vorsitzender der türkischen Zentralbank, erinnerte die AKP daran, dass sie seit 17 Jahren immer wieder gerne und süffisant an die Jahre der „alten Türkei“ erinnert habe, als die Menschen für Dinge des täglichen Bedarfs Schlange stehen mussten. Heute müssten die Menschen wieder Schlange stehen, diesmal nicht für Margarine wie in den siebziger Jahren, sondern eben für Gemüse. Während der Wirtschaftskrise in der Türkei in den Jahren 1974 bis 1980 hatte man Gas, Zucker und Öl nur mit Marken kaufen können.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, www.fnst-turkey.org, <https://shop.freiheit.org/#!/Publikation/784>

Nach Korruptionswahrnehmungsindex belegt die Türkei den 78. Platz hinter Kuwait

Im diesjährigen „Korruptionswahrnehmungsindex“ (CPI) von Transparency International belegt die Türkei den 78. Platz unter insgesamt 180 Ländern, noch hinter Lesotho, Kuwait und Ghana. Der CPI ist ein globales Ranking zur Bewertung von Korruption. Er wird seit 1995 jährlich veröffentlicht und zeigt die Entwicklung der in Politik, Verwaltung und Wirtschaft perzipierten Korruption. Die Türkei hat zwar im Vergleich zum Vorjahr etwas Boden gutmachen können und ist drei Plätze nach oben geklettert, doch sie gehört neben Santa Lucia, Bahrain, Syrien und Ungarn zu jenen fünf Ländern, die in den letzten fünf Jahren am meisten Punkte eingebüßt und sich somit in der Skala insgesamt deutlich verschlechtert haben.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Projektbüro Türkei, www.fnst-turkey.org,

Rekrutierung von Informanten durch Methoden wie Zwang und Drohungen sowie Entführungsfälle

Wie Anträgen, die beim IHD eingingen, und Nachrichten, die von der Presse publiziert wurden, zu entnehmen ist, wurden viele Personen, namentlich Universitäts-Studenten, Journalisten und Aktivisten, kürzlich zu nicht amtlichen Aussagen gezwungen, und es wurden Versuche unternommen, sie zu Informanten zu machen.

Jene, die sich solchen Versuchen widersetzen, wurden entweder zwangsweisem Verschwinden ausgesetzt, indem man sie gewaltsam entführt hat, oder inhaftiert, wobei man ihnen „Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation“ vorwarf. Oder sie wurden eine Weile nach ihrer Entführung freigelassen, nachdem sie verschiedenen Formen von Folter und körperlicher Gewalt ausgesetzt waren. Wenn man derartige Vorwürfe analysiert, ist zu beobachten, dass Personen, die sich als Polizei-Offiziere zu erkennen geben, zunächst versuchen, mit den vorher erwähnten Personen zusammen zu kommen, indem sie sagen, „sie würden gerne eine Unterhaltung führen, um Freunde zu werden“, dann bedrohen sie die Personen, die an diesen Treffen teilnehmen aber die Forderungen ablehnen, bezüglich ihren

Familien, Jobs, ihrer Gesundheit oder ihrem Privatleben. Manchmal werden sie mit Festnahme oder Inhaftierung bedroht, manchmal mit dem Tode. In Haft-Zentren Inhaftierte werden gezwungen, inoffizielle Aussagen zu machen, bevor das gesetzliche Verfahren zum Erhalt von Aussagen in Anwesenheit eines Anwalts stattgefunden hat, wobei sie in regelmäßigen Abständen in Befragungsräume gebracht werden. Inhaftierte werden eingeschüchtert durch die Androhung, verhaftet oder ständig von der Polizei verfolgt und nicht in Ruhe gelassen zu werden, auch wenn sie freigelassen werden.

Solche willkürlichen Praktiken enden manchmal mit der Entführung der Person, Anwendung von Folter oder körperlicher Gewalt, Beleidigungen und Drohungen. Menschen werden mit verbundenen Augen von Personen, die sie nicht kennen gewaltsam in ein Auto geschoben und entführt, sie werden mehrere Tage hintereinander geprügelt und schließlich an einem verlassenem Ort freigelassen. Es gibt aber auch Menschen, die entführt wurden und von denen man nie wieder etwas gehört hat. In einigen der Entführungsfälle gibt es Bilder vom Moment der Entführung, während es in anderen Fällen Augenzeugen gibt. Der gemeinsame Nenner in diesen Fällen sind schwarze VW-Transporter mit dunklen Scheiben. Diese Fälle, die gewöhnlich nach dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 in Ankara beobachtet wurden, erinnern die Bevölkerung an JITEM (Geheimdienst der Gendarmerie - und Anti-Terror-Einheit der Gendarmerie), die eine innerstaatliche paramilitärische Struktur und eine andere Version der Kontr-Guerilla war, wo die Täter gewaltsamer Entführungen mit weißen Fahrzeugen der Marke „Toros“ an vielen Plätzen in der Türkei, vor allem aber in Ost- und Südost-Anatolien sich in den 90er Jahren eingenistet hatten.. Sie erinnern auch an Tausende von Menschen, die bei solchen Entführungen ermordet wurden.

EINGABEN Die Eingaben, die bei den Zweigstellen des in Ankara, Istanbul, Izmir und Diyarbakir 2018 eingereicht wurden, sind speziell untersucht und in den Anlagen zu diesem Bericht zusammengefasst worden. Nach den erhobenen Daten reichten 14 Personen Eingaben bei der Zweigstelle in Istanbul ein, 7, 19 und 4 Personen jeweils bei den Zweigstellen in Diyarbakir, Izmir und Ankara. Andererseits bestätigte das Dokumentationszentrum der IHD-Zentrale 24 einzelne in der Presse gemeldete Fälle, unabhängig von den Fällen, die bei seinen Zweigstellen eingereicht worden waren. Eine Eingabe, die bei der IHD-Zentrale eingereicht wurde, und Entführung und Verschwinden betraf, und bei der die Angehörigen der betroffenen Person später informierten, dass diese gefunden wurde, wurde nicht an die Presse weitergegeben, um das Leben dieser Person nicht zu gefährden. In anderen Eingaben ging es um Personen, die durch Zwangsmaßnahmen und Drohungen zu Informanten gemacht werden sollten, um Drohungen während

der Haft sowie kurzfristige Entführungen, um Menschen zu erschrecken, wobei in allen Fällen das Verbot von Folter und körperlichen Misshandlungen missachtet wurde.

EINSCHLÄGIGES RECHT Wenn in diesen Fällen Klagen bei Staatsanwaltschaften eingereicht werden, wird in den meisten Fällen eine Entscheidung auf Nicht-Strafverfolgung getroffen, ohne dass jemals ausreichende Ermittlungen und Untersuchungen durchgeführt wurden. Die Begründung ist, dass der/die Täter nicht ermittelt werden konnten. Es werden auch keine Präventiv- Maßnahmen durchgeführt, um das Leben der Person zu schützen. Während die Eingaben, die beim IHD eingereicht und in der Presse veröffentlicht wurden, zu einem kleinen Teil mit solchen Praktiken korrespondieren, können Personen häufig nicht einmal ihren Familien mitteilen, was sie durchgemacht haben. Sie schweigen über die Vorfälle in der Annahme, dass sie damit das Leben ihrer Familien schützen können. Es gibt Menschen, die die Türkei verlassen und im Ausland leben möchten und wegen solcher Ängste davon abgesehen haben, Rechtsverfahren in Gang zu setzen. Der Stellvertretende Vorsitzende der Republikanischen Volkspartei und Angeordnete für Istanbul Sezgin Tanrikulu brachte am 25. April 2017 eine parlamentarische Anfrage wegen der Entführungsvorwürfe von insgesamt 7 Personen ein, wovon 1 vor dem fehlgeschlagenen Putschversuch am 15. Juli stattgefunden haben soll, und 6 danach. Dieser Antrag blieb jedoch unbeantwortet. Weiterhin kündigte der IHD am 27. Mai 2017 an, dass er die Fälle von 11 Personen, die entführt worden waren und von denen man nie wieder etwas gehört hat, an die Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen für unfreiwillige oder erzwungene Entführungen weitergeleitet hat. Daraufhin schickte die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) einen Brief an den Justizminister Abdülhamit Gül in dem es hieß, die Türkei habe eine „beschämende“ Geschichte erzwungener Entführungen und es sei ganz wichtig für die türkischen Behörden, ihre Verpflichtung zum absoluten Verbot erzwungener Entführungen aufrecht zu erhalten und dringliche Maßnahmen zu ergreifen und die Praktik, Personen in uneingestandener Haft zu halten, aufzugeben. Laut den Daten im Jahresbericht 2017 sowie in den Bilanzen des IHD ist es gesichertes Erkenntnis, dass 9 Personen von gewaltsamen Entführungen während der Polizeihaft betroffen waren, während 131 Personen, unter ihnen 5 Kinder, von Vollstreckungsbeamten unter Drohungen veranlasst wurden, Informanten für sie zu werden. Die IHD-Zentrale informierte die Arbeitsgruppe zu erzwungenem oder nicht-freiwilligem Verschwinden der Vereinten Nationen über die Situation vieler Personen, die unter Gewaltanwendung während des Gewahrsams entführt wurden und von denen man nichts mehr hörte. Einige dieser Personen wurden später freigelassen, während einige inhaftiert wurden. Wieder andere, die die Folter nicht ertragen konnten, wurden zum

Selbstmord getrieben. Der IHD beobachtet das Schicksal dieser Personen weiterhin.

Sonderbericht des IHD, 16.11.2018 Zusammenfassende Übersetzung durch das DTF
Demokratisches Türkeiforum e.V., www.tuerkeiforum.net,
info@tuerkeiforum.net

Über Zehntausend Asylanträge der Menschen aus der Türkei im 2018

Die Zahl der Asylanträge aus der Türkei steigt stark an. Im Jahr 2018 sind insgesamt 10.075 Anträge gestellt worden, fast fünfmal so viele wie im Jahr 2015. 2017 lag die Zahl der Asylanträge der Kurden und Türken bei 8.483 und im Jahre 2016 bei 5.580.

Hinzu kommen eine Vielzahl von AkademikerInnen, KünstlerInnen und JournalistInnen aus der Türkei, aber auch immer mehr JuristInnen und Wirtschaftsleute, die in der Türkei keine Zukunft mehr für sich sehen, jedoch aus nachvollziehbaren Gründen zunächst keinen Asylantrag stellen wollen.

Bundesinnenminister Seehofer verbietet Mesopotamien-Verlag und Mir Multimedia GmbH

Das Verbot gegen die beiden Vereinigungen stützt sich auf § 3 Absatz 1 und Absatz 3 in Verbindung mit §§ 17, 18 Satz 1 des Vereinsgesetzes. Es wird seit den frühen Morgenstunden in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen mit Durchsuchungs- und Beschlagnahmemaßnahmen vollzogen.

Die Mezopotamien Verlag und Vertrieb GmbH und die MIR Multimedia GmbH werden danach als Teilorganisationen der 1993 in Deutschland verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) verboten und aufgelöst.

Das Verbot reiht sich in die regelmäßigen staatlichen Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung der als Terrororganisation vom Bundesgerichtshof eingestuften PKK ein. „Gerade weil die PKK trotz des Verbots in Deutschland weiterhin aktiv ist, ist es notwendig und geboten, die PKK in ihre Schranken zu weisen und die Einhaltung der Rechtsordnung sicher zu stellen“, so Bundesinnenminister Horst Seehofer.



Nach einer vorangegangenen Durchsichtung der Geschäftsräume hat sich der Verdacht bestätigt, dass der Geschäftsbetrieb beider Vereinigungen allein der Aufrechterhaltung des organisatorischen Zusammenhalts der PKK dient. Unter dem Tarnmantel als Verlagsbetriebe kommen sämtliche betriebswirtschaftlichen Aktivitäten ausschließlich der PKK zugute. Mit ihrem wirtschaftlichen Ertrag werden die Aktionsmöglichkeiten der Terrororganisation in Deutschland und Europa nachhaltig gestärkt. Damit werden die Wirkungen des PKK-Verbots systematisch ausgehöhlt.

Die PKK ist in Deutschland mit ca. 14.500 Anhängern mit Abstand die mitgliederstärkste extremistische Ausländerorganisation. Sie nutzt Deutschland als Raum des Rückzugs, der Refinanzierung und Rekrutierung.

Dagegen wird durch die deutschen Sicherheitsbehörden immer wieder mit großem personellem und sachlichem Aufwand vorgegangen. Seit 2004 haben die Strafverfolgungsbehörden der Länder in einer sehr hohen vierstelligen Zahl strafrechtliche Ermittlungsverfahren mit PKK-Bezug eingeleitet.

Der Generalbundesanwalt (GBA) hat bislang 180 Ermittlungsverfahren mit diesem Bezug geführt. Seit 1992 sind auf Anklage des GBA durch die Oberlandesgerichte gegen Funktionsträger der PKK in Deutschland über 70 Urteile ergangen, mit denen mehr als 90 Angeklagte verurteilt wurden.

Darüber hinaus haben die Verbotsbehörden des Bundes und der Länder seit 1993 die PKK selbst und weitere 52 ihr zuzurechnende Organisationen verboten. Das BMI hat zuletzt 2008 den PKK-Fernsehsender Roj-TV mit einem Betätigungsverbot für Deutschland belegt.

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2019/02/verbot-pkk-verlag.html>, 12.02.2019

Azadi: Verbotsskarussell dreht sich weiter

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) erließ am 12. Februar 2019 ein Verbot gegen den kurdischen „Mezopotamien-Verlag“ und den kurdischen Musikvertrieb „MIR Multimedia GmbH“.

Bereits am 8. März des vergangenen Jahres hatte es im Verlagshaus des Mezopotamien-Verlags über zwei Tage hinweg Durchsuchungen gegeben. Damals waren tausende Bücher durch die deutschen Behörden beschlagnahmt worden.

In seiner Pressemitteilung behauptet das Bundesinnenministerium, dass der Geschäftsbetrieb beider Vereinigungen allein der Aufrechterhaltung des organisatorischen Zusammenhalts der PKK diene. Dies scheint bei einem Literatur- und Musikvertrieb mehr als fragwürdig. Bereits nach der Durchsichtung des Verlags am 8. März 2018 zeigten sich der Börsenverein des Deutschen Buchhandels und die SchriftstellerInnenvereinigung PEN-Zentrum Deutschland besorgt um die Kunst- und Literaturfreiheit in Deutschland und forderten vom BMI eine nachvollziehbare Begründung für das Vorgehen.

Für Azadi reiht sich das aktuelle Vorgehen der Behörden ein in die staatlichen Bemühungen vor allem der letzten zwei Jahre, der kurdischen Bevölkerung in Deutschland, die zu einem großen Teil mit der kurdischen Befreiungsbewegung sympathisiert, jegliche Artikulationsmöglichkeit und ihre politische Identität zu nehmen. So sollen per Demonstrationen sämtliche Bilder des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan aus der Öffentlichkeit verbannt werden. Auf jüngsten Demonstrationen anlässlich der Hungerstreiks zur Überwindung der Isolationshaft von Öcalan verbot die Polizei in Berlin sogar Transparente, auf denen nur sein Name erwähnt war. Nun wird diese Hexenjagd auch auf den Kulturbereich ausgeweitet und die Bücher von Abdullah Öcalan beschlagnahmt, die unter anderem vom Mezopotamien-Verlag vertrieben werden. Entgegen der Darstellung des BMI ist die Schließung von Verlagen und Musikvertrieben keine Terrorbekämpfung, sondern schlicht und einfach Zensur.

Kritisch sehen wir das vor allem in einem Land, in dem öffentliche Bücherverbrennungen stattfanden und der Staat bestimmte, was als „entartete Kunst“ zu gelten hatte. Einmal mehr nähert sich der Umgang mit der kurdischen Frage in Deutschland dem Vorgehen in der Türkei an. Eine besondere Brisanz in der Beschlagnahmung tausender Bücher und CDs mit kurdischer Musik sehen wir auch darin, dass diese Vorgehensweise in der Türkei über Jahrzehnte gängige Praxis ist. Wir wünschen uns, dass vor allem Kulturschaffende gegen die aktuelle Kriminalisierung einer kurdischen politischen Identität protestieren, die sich wie überall auf der Welt auch in Literatur und Musik äußert.

Gegen die Verbote werden die Anwälte des Mezopotamien-Verlages und des Musikvertriebs MIR Klage beim Bundesverwaltungsgericht einreichen.

AZADİ e.V. – Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland, azadi@t-online.de, 13.02.2019

„Die Würde des Menschen ist unantastbar ...“

Arif Rhein, Mitarbeiter von Civaka Azad

Immer zahlreicher werden Verbote und Einschüchterungsversuche der deutschen Behörden gegen kurdische Institutionen und Menschen, die sich mit ihnen solidarisch zeigen. Obwohl sich dagegen immer wieder zivilgesellschaftlicher Protest regt, u.a. von Verlagen, Anwälten und Medienvertretern, scheint sich die Bundesregierung entschlossen zu haben, konsequent gegen vermeintliche PKK-Sympathisanten vorzugehen. In einer jüngst erschienenen Pressemitteilung zeigt sich das Innenministerium (BMI) erfreut darüber, dass „immer wieder mit großem personellem und sachlichem Aufwand vorgegangen [sei]. Seit 2004 haben die Strafverfolgungsbehörden der Länder in einer sehr hohen vierstelligen Zahl strafrechtliche Ermittlungsverfahren mit PKK-Bezug eingeleitet.“ Diese Erfolgsmeldung des BMI bekommen Menschen in Deutschland, die sich für das Selbstbestimmungsrecht der Kurden und anderer Völker des Mittleren Ostens einsetzen, regelmäßig und mit voller Härte zu spüren. Im Folgenden sollen einige konkrete Fälle dafür dienen eine grundlegende Frage aufzuwerfen: Wie ist es um die Anerkennung der Würde des Menschen im heutigen Deutschland beschaffen?

Schläge in einem Berliner Polizeiauto

Während einer Demonstration eines breiten zivilgesellschaftlichen Bündnisses gegen „Polizeigesetze, PKK-Verbot und Nationalismus“ am 1. Dezember vergangenen Jahres in Berlin wird der kurdische Jugendliche Azad W.* festgenommen und in einen Gefangenentransporter gebracht. Laut Aussagen des Jugendlichen betritt kurz darauf ein Polizist das Auto und fragt ihn lapidar, ob er bereit für einen „Einzelkampf“ sei. Auf die verdutzte Reaktion von Azad W. reagiert der Polizist mit einem Schlag in dessen Gesicht. Als der Jugendliche zu Boden fällt, setzt der Polizist ihm mit weiteren Schlägen und Tritten zu. Videoaufnahmen von Protestierenden zeigen, wie sich zur selben Zeit eine Menschenmenge vor dem Auto versammelt, in dem Azad W. von dem Polizisten geschlagen wird. Offensichtlich hören die Anwesenden die Schreie des Jugendlichen und



konfrontieren die Polizisten, die den Gefangenentransporter abschirmen, damit, dass Azad W. gerade von einem ihrer Kollegen geschlagen wird. Keiner der Polizisten nimmt die Hinweise ernst und schaut in dem Polizeiwagen nach. Kurz darauf verlässt der Polizist den Gefangenentransporter und gesellt sich ruhig zu seinen Kollegen. Azad W. sitzt währenddessen mit schweren Verletzungen im Gesicht eingesperrt in einer kleinen Zelle des Gefangenentransporters.

Seltsame Entlassung aus dem Polizei-Gewahrsam

Am Abend vor dem Staatsbesuch des türkischen Präsidenten Recep Tayip Erdogan Ende September vergangenen Jahres wird Ali Cicek, Mitarbeiter von Civaka Azad, von Zivilbeamten in Berlin Kreuzberg angehalten und abgeführt. Die Gründe dafür sind bis heute unklar. Nachdem unser Mitarbeiter auf einer Polizeiwache erkennungsdienstlich behandelt wurde, lässt man ihn erst in den frühen Morgenstunden wieder frei. Zurück bleiben sein Rucksack, seine Jacke, seine Brille, Handy und sämtliches Geld, da die Polizei all diese Gegenstände kurzerhand beschlagnahmt. Nur seinen Ausweis darf Ali Cicek behalten. Er findet sich am Rand Berlins wieder. Ohne die Möglichkeit Bekannte zu kontaktieren oder einen Fahrschein für die öffentlichen Verkehrsmittel zu kaufen, muss er seinen Weg in die Innenstadt bei nächtlicher Kälte anzutreten. Erst Monate später erhält Ali Cicek seine Brille und seine Geldbörse wieder. Die anderen beschlagnahmten Gegenstände ist die Polizei bis heute nicht bereit auszuhändigen.

Staatschutzbeamte vor einem kurdischen Verein in Hannover

Vor wenigen Monaten findet eine Gedenkveranstaltung in den Räumlichkeiten des kurdischen Vereins Nav-Dem in Hannover statt. Hunderte Menschen, darunter zahlreiche Familien mit Kleinkindern, erscheinen an dem Tag in dem Verein. Vor dem Eingang des Gebäudes in der Hannoveraner Innenstadt, in dem sich der Verein befindet, sitzt

ein Polizeibeamter in Zivil und fotografiert alle Besucher der Gedenkveranstaltung wahllos ab. Als eine Veranstaltungsteilnehmerin den Beamten damit konfrontiert, dass seine Anwesenheit die Besucher einschüchtere und er das Fotografieren zu unterlassen habe, reißt dieser ihr Handy aus der Hand, mit dem sie den Beamten zuvor versucht hatte zu fotografieren. Trotz des Protests setzt der Polizist seine Observierung daraufhin fort und fotografiert alle anwesenden Personen.

Späte Genugtuung für ein rechtswidriges Demonstrationsverbot

Im Februar 2018 soll eine Demonstration mit 2.000 Teilnehmern in Düsseldorf stattfinden, um gegen die Angriffe der Türkei auf den nordsyrischen Kanton Afrin zu demonstrieren. Begründet wird das Verbot von der Düsseldorfer Polizei mit der angebliche PKK-Nähe des kurdischen Dachverbandes Nav-Dem e.V., in dessen Namen die Demonstration angemeldet wurde. 2.000 Menschen können an diesem Tag in Düsseldorf nicht auf die Straße gehen. Erst ein Jahr später, am 6. Februar 2019, urteilt das Verwaltungsgericht Düsseldorf, das Versammlungsverbot sei rechtswidrig gewesen. In der mündlichen Urteilsbegründung heißt es, zwischen dem Demokratischen Gesellschaftszentrum der KurdInnen, NAV-DEM e.V., und der verbotenen PKK müsse scharf unterschieden werden. Die Verbotsentscheidung ein Jahr zuvor erscheint damit klar als polizeiliche Willkür. Der Angriff auf ein demokratisches Grundrecht wie die Versammlungsfreiheit ist da bereits ein Jahr alt.

Verbotene Bücher, beschlagnahmte CDs

Am 8. März 2018 werden die Räumlichkeiten der auf die Verlegung und den Vertrieb kurdischer Literatur und Musik spezialisierten Unternehmen Mezopotamien Verlag und Vertrieb GmbH sowie die MIR Multimedia GmbH in Neuss durchsucht. Am 12. Februar diesen Jahres folgt eine erneute Durchsuchung und der Verbot der beiden Firmen. An beiden Tagen werden tausende Bücher und CDs beschlagnahmt. Neben Büchern kurdischer Autoren zählen auch zahlreiche kurdische Übersetzungen von Autoren wie Franz Kafka dazu. Den Firmen wird eine Fortsetzung ihrer Geschäftstätigkeiten verboten, da laut Aussage des BMI „der Geschäftsbetrieb beider Vereinigungen allein der Aufrechterhaltung des organisatorischen Zusammenhalts der PKK“ diene und mit „ihrem wirtschaftlichen Ertrag [...] die Aktionsmöglichkeiten der Terrororganisation in Deutschland und Europa nachhaltig gestärkt“ werde. Das PKK-Verbot wird damit herangezogen, um den Druck und Vertrieb von Büchern und Musik zu unterbinden. Die vom Mezopotamien Verlag vertriebenen Bücher waren in den Jahren zuvor tausendfach bestellt worden. Damit leistete der Verlag einen Beitrag zur kritischen Auseinandersetzung mit den Ideen Abdullah Öcalans und anderer Menschen,

die nach einer politischen Lösung der Konflikte im Mittleren Osten suchen. Das hohe Interesse an den Büchern wird andauern. Fraglich bleibt, wie die Bundesregierung den tausenden Kunden des Verlags und des Musikvertriebs erklären wird, warum diese dort in Zukunft keine Bücher mehr kaufen können.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar ... Nicht: Die Würde des Deutschen ist unantastbar.“

Zu diesem Hinweis sah sich Johannes Rau während seiner Amtszeit als Bundespräsident Deutschlands genötigt. Die obigen Fälle stellen nur einen kleinen Ausschnitt dar. Tausende ähnliche Beispiele aus dem Alltag kurdischer und anderer Sympathisanten der kurdischen Freiheitsbewegung in Deutschland zeigen, dass die Würde dieser Menschen hierzulande regelmäßig und systematisch missachtet wird. Aufgrund des umfassenden Drucks halten sich Jugendliche von Studentenorganisationen fern, Familien vermeiden den Besuch in kurdischen Vereinen und politisch Interessierte fürchten die Teilnahme an Demonstrationen mit kurdischem Bezug. Doch das Problem erscheint noch umfassender, führt man sich die innenpolitischen Entwicklungen des vergangenen Jahres in Deutschland vor Augen. Die Einführung von Polizeigesetzen, der Umgang mit ökologischen Protesten wie im Hambacher Forst oder die nationalistische Diskursverschiebung der AfD weisen auf einen gefährlichen Trend hin: Andersdenkende werden verunglimpft, Fußfesseln und vorbeugende Haft für politische Aktivisten als notwendige Sicherheitsmaßnahmen gepriesen und zivilgesellschaftlicher Protest gegen die Zerstörung der Natur in Deutschland diffamiert. Das politische Klima in Deutschland scheint zunehmend zu verrohen – mit all seinen Folgen für das demokratische Zusammenleben im Land. Wo die Würde des Menschen in Frage gestellt und durch staatliche Maßnahmen missachtet wird, gilt es aufmerksam zu sein. Die Zivilgesellschaft in Deutschland wird sich diesem Thema in Zukunft noch stärker widmen müssen. Ein Anfang wäre sicherlich damit getan, die tagtäglichen Maßnahmen deutscher Sicherheitsbehörden zu dokumentieren, mit denen die kurdische Community eingeschüchtert, diskriminiert, ausgegrenzt und ihre Menschenrechte teils gravierend verletzt werden. Auf dieser Grundlage könnte die Zivilgesellschaft Deutschlands eindeutig Position beziehen und der Bundesregierung mitteilen: „Nicht in unserem Namen“.

* Name geändert

<http://civaka-azad.org/die-wuerde-des-menschen-ist-unantastbar/>

Hamburger Boxer Özen wurde Reisepass entzogen

Erneut ist einem Kritiker der türkischen Regierung im türkischen Generalkonsulat in Hamburg der Reisepass abgenommen worden. Diesmal traf es den Profiboxer Ismail Özen.



Der türkische Staat schikaniert auch hierzulande Regimegegner. Immer wieder werden Fälle bekannt, in denen Konsularbeamte die Ausweisdokumente von Kurden, Aleviten oder Gülen-Anhängern einkassieren. Diesmal traf es den Profiboxer Ismail Özen.

Der 37-jährige Hamburger kurdischer Abstammung hatte am 6. Februar wegen einer Routineangelegenheit das türkische Generalkonsulat im Stadtteil Rotherbaum aufgesucht. Dort nahmen Konsularbeamte Özen den Pass ab, da gegen ihn in der Türkei ein Haftbefehl vorliege. Auf Nachfrage sei dem Sportler lediglich mitgeteilt worden, dass das Innenministerium in Ankara den Entzug des Reisepasses angeordnet habe. Was ihm konkret vorgeworfen wird, darüber äußerten sich die Beamten nicht. Offenbar laufen in der Türkei Ermittlungen gegen Özen. Dieser erklärte: „Ich habe die Beamten aufgefordert, mir die Gründe des angeblichen Haftbefehls schriftlich mitzuteilen. Dem kam man allerdings nicht nach.“



Özen mit HDP-Vorsitzenden Demirtas in Hamburg, 2016

Er sei nicht der einzige, der Schikanen wie diesen ausgesetzt sei, sagte Özen. In der letzten Zeit häufe sich der

Entzug von Reisedokumenten oppositioneller türkischen Staatsbürger*innen. „Ebenso wurden viele Menschen entweder nicht in die Türkei gelassen oder aber an der Grenze wegen angeblicher Beleidigung Erdogans verhaftet. Diese Praktiken stehen weder mit Menschenrechten noch mit Grundrechten im Einklang“, kritisiert Özen, der durch den Entzug seines Passes sein Grundrecht auf Reisefreiheit nicht wahrnehmen kann. Der Boxer erklärte: „Ich bin als Sportler gegen Krieg und Gewalt. Ich bin für Demokratie, Gleichheit, Freiheit und Frieden, und zwar auch in der Türkei und auch für Kurden. Ich halte das Vorgehen des Erdogan-Regimes gegen kurdische und türkische Demokraten in Deutschland und Europa für gefährlich. Ich glaube, dass die Beschlagnahme meines Passes mit meiner demokratischen Haltung zusammenhängt. Ich möchte, dass die Öffentlichkeit es weiß, dass Einschüchterungsversuche gegen mich erfolglos bleiben werden. Die Beschlagnahme meines Passes ist ein untauglicher Versuch, in Deutschland lebende Demokraten aus der Türkei einzuschüchtern. Aus diesem Grunde habe ich das Bedürfnis die Öffentlichkeit zu informieren und sie aufzufordern, gegenüber Repressalien Erdogans wachsam zu sein“.

<https://anfdeutsch.com/aktuelles/hamburger-boxer-wird-reisepass-entzogen-9442>, 9.2.2019

Juristischer Erfolg für kurdischen Dachverband NAV-DEM

Das Verwaltungsgericht Düsseldorf stellt klar: NAV-DEM ist nicht Teil der PKK. Das Verbot einer Demonstration gegen die türkische Invasion in Efrin war rechtswidrig.



Düsseldorf hat mit Urteil vom 6. Februar festgestellt, dass das Verbot einer geplanten kurdischen Versammlung zum Thema „Stoppt den Krieg in Afrin“ rechtswidrig war.

In der mündlichen Urteilsbegründung führte die Vorsitzende aus, dass zwischen dem Demokratischen Gesellschaftszentrum der KurdInnen, NAV-DEM e.V., und der

verbotenen PKK scharf getrennt werden müsse. Mit dieser Begründung können also kurdische Versammlungen nicht verboten werden.

Zugleich stellte das Gericht klar, dass durch die geplante Demonstration mit 2.000 Teilnehmern im Februar 2018 auch keine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu befürchten war. Nur vereinzelt bleibende Verstöße gegen das Vereinsgesetz reichen hierfür nicht aus.

Schließlich habe die Düsseldorfer Polizei den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht beachtet. Auf einzelne Verstöße gegen das Strafrecht könne nicht mit einem Versammlungsverbot reagiert werden, das einer Vielzahl von Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmern ihr Grundrecht auf Versammlungsfreiheit nehme, nur weil Einzelne Straftaten begehen würden.



Versammlungsrecht gilt auch für Kurden

Ayten Kaplan, Ko-Vorsitzende von NAV-DEM, begrüßte das richtungsweisende Urteil des Düsseldorfer Verwaltungsgerichts. „Wir haben von Anfang an klar gemacht, dass die Demonstrationsverbote gegen unseren Verband eine Verletzung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit darstellen. Die deutschen Sicherheitsbehörden haben dieses Grundrecht im vergangenen Jahr mit willkürlichen Gründen für eine der größten Migrantengruppen in Deutschland ausgehöhlt und sich somit zur Helferin des diktatorischen Erdoğan-Regimes gemacht. Wir hoffen, dass mit dem gestrigen Gerichtsurteil diese Willkür endlich ein Ende hat“, so Kaplan.

Klägervertreter Rechtsanwalt Theune zeigte sich erfreut über die Klarheit der Urteilsbegründung: „In aller Deutlichkeit stellte das Gericht klar, dass die Behauptung der Düsseldorfer Polizei, NAV-DEM sei eine ‚Unterorganisation‘ der PKK, jeder Tatsachengrundlage entbehrt. Das Versammlungsrecht in Deutschland gilt nach wie vor auch für Kurdinnen und Kurden.“

<https://anfdeutsch.com/aktuelles/juristischer-erfolg-fuer-kurdischen-dachverband-nav-dem-9399>, 7.2.2019

Kölner Adil Demirci aus türkischer Haft entlassen

Nach rund zehn Monaten in türkischer Untersuchungshaft kommt der Kölner Sozialarbeiter und Journalist Adil Demirci frei. Das hat ein Gericht in Istanbul nach der zweiten Verhandlung entschieden. Der 33-Jährige darf die Stadt jedoch für die weitere Dauer des Prozesses nicht verlassen, sagte der Richter.

Demirci hatte zuvor mehrfach seine Freilassung beantragt. Die Staatsanwaltschaft stimmte unter der Bedingung gewisser Auflagen zu. An der Verhandlung in Istanbul nahmen unter anderem der deutsche Generalkonsul Michael Reiffenstuel, der Kölner SPD-Abgeordnete Rolf Mützenich und der Kölner Linken-Stadtrat Jörg Detjen als Beobachter teil.

Vorwurf:

Mitgliedschaft in der linksextremen MLKP

Demirci saß seit April in U-Haft in Istanbul. Er war während eines Familienurlaubs festgenommen worden. Ihm und 22 Mitangeklagten wird vorgeworfen, in den Jahren 2013 bis 2015 an Beerdigungen von Mitgliedern der verbotenen linksextremen MLKP und der kurdischen YPG teilgenommen zu haben. Diese waren bei Polizeirazzien in Istanbul und im Kampf gegen die Terrororganisation „Islamischer Staat“ in Syrien getötet worden. Demirci und die Mitangeklagten werden deshalb der Mitgliedschaft in der MLKP verdächtigt.

Der 33-Jährige hatte zwar bei dem Prozessauftritt am 20. November bestätigt, an den Beerdigungen von IS-Kämpfern teilgenommen zu haben, er bestritt aber eine Mitgliedschaft in einer Terrororganisation. Demirci hatte unter anderem für die linke Nachrichtenagentur Etha geschrieben.

Familie erleichtert

Große Erleichterung bei der Familie Demirci in Köln. „Auch wenn er die Türkei nicht verlassen darf, wird er nicht im Gefängnis sein, daher freue ich mich sehr für meinen Sohn“ sagt die Mutter Elif Demirci im Interview mit dem WDR. Gestern habe sie zuletzt kurz mit ihm telefoniert. Er habe versucht, ihr Mut zuzusprechen, so Elif Demirci weiter. Die Mutter von Adil ist an Krebs erkrankt. Sie befindet sich derzeit in Behandlung in Köln und ist geschwächt von der Chemotherapie. Sobald die Ärzte ihr erlauben, auszureisen, will sie ihren Sohn Adil in Istanbul besuchen.

Der Prozess soll am 30. April fortgesetzt werden.

<https://www.tagesschau.de/ausland/demirci-istanbul-journalist-101.html>, 14.02.2019

Die Türkei und die Muslimbrüder

Von Elke Dangeleit

Der Rabia-Gruß, vier gereckte Finger mit eingezogenem Daumen, sind das Erkennungszeichen der ägyptischen Muslimbrüder. Auch der türkische Präsident Erdogan und seine Partei AKP sind Anhänger der Muslimbruderschaft. Der 2013 in Ägypten gestürzte Präsident und Freund von Erdogan, Mohammed Mursi, war ebenfalls ein Muslimbruder. Seit dem Sturz von Mursi stehen sich die Türkei und die ägyptische Militärregierung feindselig gegenüber, viele ägyptische Muslimbrüder leben seither im Exil in der Türkei.

Es muss daher ein gefundenes Fressen für die ägyptische Regierung und die Medien gewesen sein, dass ihnen die Geheimpapiere des türkischen Geheimdienstes MIT zur Zerschlagung der türkischen Opposition und der Vernichtung der kurdischen Identität zugespielt wurden. An dieser Stelle wurden vor wenigen Tagen große Teile des Papiers veröffentlicht. Die Brisanz dieser Papiere wurde von der westlichen Presse bisher ignoriert. Lediglich die kurdische Nachrichtenagentur ANF berichtete darüber.

Indirekte Bestätigung bekam das Geheimpapier nun ausgerechnet von der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu Ajansı (AA), die mit TRT, wie in dem Papier beschrieben, einen „Spezialkrieg gegen die kurdischen Parteien ...“ führt. AA hat am gleichen Tag, als der Telepolis-Artikel erschien, eine Grafik veröffentlicht, auf der Kandidaten der HDP, gegen die wegen angeblichen „Terrorismus“ ermittelt wird, mit Foto, Namen und Ort bekannt gegeben werden. Dass sich jemand aus der nationalistisch-islamistischen Szene ihrer annimmt, ist als Folge solcher Veröffentlichungen nicht auszuschließen. Jedenfalls spielt eine Veröffentlichung genau mit diesem Risiko.

Diese Szene wächst und gedeiht jedenfalls unter Erdogan. Auch der heute in Katar im Exil lebende palästinensische Hamas-Führer Khalid Meshal war ein gern gesehener Gast in Ankara.

Bundesinnenministerium: Türkei ist zentrale Aktionsplattform für islamistische Gruppierungen

Die Süddeutsche Zeitung schreibt, dass viele Kader der ägyptischen Muslimbrüder in der Türkei im Exil leben und von da aus Propaganda gegen Ägyptens Militärregierung betreiben können. Das Bundesinnenministerium wäre daher der Meinung, die Türkei sei die zentrale Aktionsplattform für islamistische Gruppierungen im Nahen und Mittleren Osten.

In der türkischen Verfassung ist der Laizismus, die Trennung von Staat und Religion festgelegt. Der Staat sollte zu allen Religionen Distanz bewahren. Mit Erdogan und der AKP-Regierung, die sich nur bedingt an die Verfassung gebunden fühlt, vollzieht sich seit Jahren eine beunruhi-

gende Wende. Der sunnitische Islam wird vor allem durch die Muslimbruderschaft, zu der Erdogan enge Bindungen unterhält, politisch funktionalisiert.

Deren Interpretation des sunnitischen Islam wird von der Regierung als allgemein verbindlich dargestellt und über die Religionsbehörde Diyanet gefördert. Diese Einflussnahme erstreckt sich über den unter Diyanet-Regie stehenden islamischen Dachverband Ditib, der nach wie vor islamischen Religionsunterricht an vielen deutschen Schulen geben darf, bis nach Deutschland. Die Muslimbrüder akzeptieren keinen Laizismus, sondern der Staat muss sich der Scharia, dem islamischen Recht in der strengen Auslegung der Muslimbruderschaft unterordnen.

Auch die Salafisten sind in der Türkei heimisch geworden, schreibt die Süddeutsche Zeitung. Obwohl die Türkei angeblich im Salafismus eine große Gefahr für den sunnitischen Islam sieht, spielen salafistische Gruppen in den von der Türkei unterstützten syrischen Oppositionsgruppen, die gemeinhin als „gemäßigte Rebellengruppen“ bezeichnet wurden und in der Türkei Radiosender betreiben oder für logistischen Nachschub für ihre Truppen in Nordsyrien, beispielsweise in dem von der Türkei annektierten Kanton Afrin, sorgen konnten, eine große Rolle. Zum Beziehungsgeflecht gehört auch die Hayat Tahrir al-Sham (HTS), die aus der al-Qaida-Miliz al-Nusra-Front hervorgegangen ist.

Die türkische Regierung versuchte über diese Gruppen die Muslimbruderschaft in den kurdischen Regionen in Nordsyrien an die Macht zu bringen. Sie erhielten in den Flüchtlingslagern der Türkei militärische Ausbildung und logistische Unterstützung. Der türkische Geheimdienst versorgte sie lastwagenweise mit Waffen. Nachdem diese Informationen durchgesickert waren, durften Abgeordnete der oppositionellen CHP diese Lager nicht mehr besuchen.

Auch Meral Akşener, die Vorsitzende der Iyi Partisi, einer oppositionellen Abspaltung der faschistischen MHP, hatte auf diese geheimen Strukturen hingewiesen und danach gefragt, was in den Flüchtlingslagern passiert. Weiter wurde bekannt, dass in extra bereitgestellten Abteilungen türkischer Krankenhäuser verwundete islamistische Kämpfer aus Syrien behandelt werden. Die aktuellen Entwicklungen in Idlib zeigen nun aber, dass sich die Türkei verkalkuliert hat.

Sie hat augenscheinlich nur mehr wenig oder gar keinen Einfluss mehr auf die dort untereinander um Macht, Pfründe und Beute konkurrierenden Islamistengruppen. Bei diesen Kämpfen wurde ein großer Teil der sogenannten „moderaten Islamisten“ der Muslimbruderschaft von der al-Nusra-Front, aka HTS, überwältigt. Von einer Kontrolle der Türkei über den al-Nusra-HTS-Chef al-Golani kann nicht die Rede sein, auch gibt es in der Miliz einen Kern an Dschihadisten, die auf Abstand zur Türkei bedacht sind.

Deshalb versucht Erdogan nun in Nordsyrien die arabische Bevölkerung gegen die kurdische Bevölkerung

aufzubringen, indem er dort die Muslimbruderschaft wie auch den nationalistischen kurdischen Nationalrat ENKS, der allerdings an Bedeutung eingebüßt hat, unterstützt. Wie an dieser Stelle berichtet, wird der ENKS auch über die Bundesregierung finanziert.

Erdoğan sei der wahre Beschützer der Kurden, wurde den Kurden in Nordsyrien von der türkischen Propaganda erzählt. Die kurdische Nachrichtenagentur ANF berichtete über einen Zweig des Haznevi-Ordens um den in Adana lebenden Mehmet Muta. Er und seine Schüler würden in Nordsyrien im Gebiet der Selbstverwaltung Propaganda für Erdogan und die Türkei betreiben und eng mit dem türkischen Geheimdienst zusammenarbeiten, hieß es. Dieser Orden würde zudem seit einiger Zeit hunderte in der Türkei ausgebildeter Imame nach Nord- und Ostsyrien schicken.

Diese Versuche Erdoğan's, die Muslimbruderschaft in Nordsyrien zu verankern, beunruhigen Ägypten und das wahabitische Saudi-Arabien, das seinerseits versucht, Einfluss in Syrien zu erlangen und den Einfluss des schitischen Iran zu begrenzen. In der Türkei scheinen sich nun in Istanbul – wenn stimmt, was einem Bericht der kurdischen Nachrichtenagentur ANF zu entnehmen ist – gar IS-Vertreter, solche der al-Nusra bzw. HTS, von Harakat Nour al-Din al-Zenki und der FSA im Namen der Muslimbruderschaft zusammenzufinden.

Türkei fördert Muslimbruderschaft auch in Deutschland

Nicht nur im Nahen Osten versucht die türkische Regierung, die Muslimbrüder zu fördern. Auch in Deutschland geschieht dies über den Dachverband Ditib, der der Religionsbehörde Diyanet in der Türkei unterstellt ist.

In Deutschland versucht Ditib, das angeschlagene Image aufzuhübschen, indem sie vor dem wachsenden Salafismus in Deutschland warnt und sich den deutschen Behörden als Alternative dazu andient. Ditib ist allerdings wegen der Vernetzung mit dem türkischen Geheimdienst, der Ausspionierung der Gemeindeglieder durch die Imame, martialischen Theateraufführungen mit Kindern selbst immer wieder in den Schlagzeilen.

Der Verfassungsschutz beobachtet mittlerweile Ditib und immer mehr Bundesländer kündigen ihre Verträge mit dem Dachverband. Der von Ditib durchgeführte islamische Religionsunterricht steht ebenfalls in der Kritik. Zuletzt wurde Ahmet Dilek, der Attaché für religiöse Angelegenheiten, zum stellvertretenden Generalvorsitzenden von Ditib ernannt. Ihm werden enge Verbindungen zum türkischen Geheimdienst nachgesagt.

Die Nähe zur Muslimbruderschaft wird dagegen nicht verheimlicht. An der Ditib-Konferenz in Köln Anfang des Jahres nahmen auch Vertreter der Muslimbruderschaft teil, darunter Ibrahim el-Zayat, einer der zentralen Figuren der Muslimbrüder in Europa. Oder Hussein Halawa. Er ist der

Generalsekretär des European Council for Fatwa and Research (Europäischer Fatwa-Rat), Khaled Hanafy sein Vize.

Dieser europäische Fatwa-Rat, dem auch der Mufti der IGGÖ, der islamischen Glaubensgemeinschaft Österreichs, Mustafa Mullaoglu, angehört, ist eine der wichtigsten Organisationen der Muslimbruderschaft in Europa. Amar Lasfar, Präsident einer französischen Organisation im Netzwerk der Bruderschaft, fand sich ebenfalls auf der Kölner Konferenz ein.

Addendum

Nicht nur über die Islamverbände wird versucht, die Muslimbruderschaft in Deutschland hoffähig zu machen. Erdoğan höchst persönlich grüßte aus dem Auto bei seinem Staatsbesuch in Berlin im September letzten Jahres mit dem Rabia-Gruß. Auf dem Foto des Tagesspiegels sieht man zudem, wie mit dem Wolfsgruß, dem Symbol der faschistischen Grauen Wölfe, zurückgegrüßt wird. Rabia-Gruß und Wolfsgruß sind bei den fanatischen Erdogan-Anhängern gleichermaßen beliebt.

<https://www.heise.de/tp/features/Die-Tuerkei-und-die-Muslimbrueder-4320038.html?seite=all>, 27.02.2019

Bundesregierung finanziert Türkei treues Milizbündnis

Aus einer Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE geht hervor, dass die Bundesregierung hohe Geldbeträge an das türkeinahe und von den islamistischen Muslimbrüdern dominierte Bündnis ETILAF zahlt.



Die Syrische Nationale Koalition (ETILAF), das von den Muslimbrüdern dominierte Bündnis der sogenannten „Istanbuler Opposition“, hat als Vertreter türkischer Interessen in der Region eine blutige Geschichte. So kollaborierten ETILAF-Milizen wie Liwa al-Tawhid oder Jaish al-Islam immer wieder mit Al-Qaida-Fraktionen wie Jabhat al-Nusra. Schon 2013 war Liwa al-Tawhid an Massakern an Kurd*in-

nen in der Region Aleppo beteiligt. ETILAF hat von Beginn an gegen die demokratische Selbstverwaltung von Nordsyrien und Rojava gekämpft und türkische Interessen in der Region vertreten. Aktueller Ausdruck dieser Politik ist die Beteiligung von ETILAF an der Besetzung und Turkisierung des Kantons Efrîn.

Jelpke: „ETILAF ist politische Vertretung dschihadistischer Kopfabschneiderbanden“

ETILAF unterhält eine Vertretung in Berlin. Dies nahm die innenpolitische Sprecherin zum Anlass, die Bundesregierung nach ihrem Verhältnis zu diesem Milizbündnis zu hinterfragen. Die Antwort auf die Anfrage liegt ANF exklusiv vor. Auffällig ist, dass die Bundesregierung kritischen Fragen wie nach der Zusammensetzung der ETILAF-Milizen durch Geheimhaltungsverfügungen auswich und ETILAF versuchte, als demokratische, pluralistische Opposition darzustellen. Aus Quellen aus der Region wissen wir, dass ETILAF Milizen wie das dschihadistische „Heer des Islam“ oder verschiedenen rechtsextremen türkei-dominierten Milizen wie die Sultan-Murad-Brigaden angehören. Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Ulla Jelpke beschrieb die Koalition treffend: gegenüber ANF: „Die ETILAF ist nichts anderes als eine politische Vertretung dschihadistischer Kopfabschneiderbanden von Gnaden Erdogans.“

Bundesregierung unterstützt ETILAF massiv

Aus der Antwort der Bundesregierung geht hervor, dass der deutsche Staat allein im Jahr 2018 über 220.000 Euro an ETILAF zahlte, die Betriebskosten des Büros in Berlin übernahm und Treffen und Veranstaltungen logistisch unterstützte. Die Unterstützung von ETILAF findet unter dem Titel der „Entwicklungszusammenarbeit“ durch die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) statt. Für das Jahr 2019 ist ein Betrag von über 146.000 Euro eingeplant. In diesem Rahmen pflegt die Bundesregierung regelmäßigen Kontakt zu ETILAF-Vertretern. Ulla Jelpke dazu:

„Die diplomatische, logistische und finanzielle Unterstützung dieser Terrorkoalition durch die Bundesregierung muss sofort beendet werden. Dieses von der Türkei gesteuerte Bündnis aus Muslimbrüdern, Nationalisten und korrupten Exilpolitikern trägt mit seiner unnachgiebigen Position bezüglich eines Sturzes des syrischen Präsidenten Assad nichts zu einer politischen Lösung in Syrien bei. Auch durch ihre offene Unterstützung der türkischen Besetzung von Afrin, an der zahlreiche Milizen aus dem Umfeld der ETILAF beteiligt waren, und der aktuellen türkischen Einmarschdrohungen in Nordsyrien, trägt die ETILAF zu einer Verlängerung des Krieges und noch mehr Leid für die syrische Bevölkerung bei.“

Durch Bundesregierung bezahlte Amtsanmaßung

Das Büro von ETILAF in Berlin tritt offiziell als Syrische Diplomatische Vertretung auf und stellt quasistaatliche Papiere aus. Ulla Jelpke kommentiert dazu: „Die Bundesregierung gibt selbst zu, dass der Berliner ETILAF-Vertreter Bassam Abdullah nicht als Botschafter im Sinne des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen akkreditiert ist. Von daher muss sich die Bundesregierung fragen lassen, mit welchem Recht sie hunderttausende Euro aus Steuergeldern in das Büro eines politischen Scharlatans steckt, der sich öffentlich anmaßt, syrischer Botschafter zu sein.“

<https://anfdeutsch.com/aktuelles/bundesregierung-finanziert-tuerkeitreues-milizbuendnis-9425>, 8.2.2019

Inhaftierte IS-Kämpfer: Behörden arbeiten an Haftbefehlen

Von Florian Flade, WDR

Die Männer und Frauen, die für die Bundesregierung zu einem wachsenden Problem werden, heißen Martin, Fared, Daniela, Oguz, Josephine oder Dirk. Sie sind Anhänger der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS), befinden sich aktuell in Nordsyrien, dem Irak und in der Türkei in Gefangenschaft und besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft. Sie waren in den vergangenen Jahren aus Deutschland in das selbst ernannte „Kalifat“ der IS-Dschihadisten ausgereist. Manche sollen an brutalsten Verbrechen beteiligt gewesen sein.

Im Referat 511 des Auswärtigen Amtes - zuständig für die sogenannte „Nothilfe für Deutsche im Ausland“ – wird seit einiger Zeit eine vertrauliche Liste geführt. Darauf befinden sich die Namen von 63 Männern und Frauen aus Deutschland, die sich derzeit in Syrien, dem Irak, der Türkei und Griechenland in Haft befinden, 42 von ihnen besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit. Hinzu kommen noch Dutzende Kinder, die teilweise in der Region geboren wurden.

Die IS-Gefangenen sind für die Kurden in Nordsyrien zu einer echten Belastung geworden. Sie müssen bewacht und mit Lebensmitteln und Medikamenten versorgt werden. Die kurdische Verwaltung fordert daher schon seit längerer Zeit, die europäischen Regierungen mögen doch bitte ihre Staatsbürger abholen und in den Heimatländern vor Gericht stellen. Bislang aber blieben die Bitten ungehört.

Trump-Forderung überrascht Berlin

Inzwischen haben die Kurden prominente Unterstützung bekommen, von US-Präsident Donald Trump: Die Europäer – Trump nannte namentlich Deutschland, Frankreich und Großbritannien – müssten die IS-Gefangenen aus Syrien herausholen und vor Gericht stellen. Anderenfalls würden sie „freigelassen“.

Die harsche Forderung aus den USA hat die Bundesregierung kalt erwischt. Im Kanzleramt, dem Auswärtigen Amt, dem Bundesjustizministerium und in den Sicherheitsbehörden stellt man sich nun die Frage: Wohin mit den deutschen IS-Gefangenen?

Es gibt die völkerrechtliche Verpflichtung, die eigenen Staatsbürger zurückzuholen und ihnen hierzulande den Prozess zu machen – insbesondere wenn den Personen Straftaten nach dem Völkerstrafrecht nachweisbar sind. Andererseits aber fürchtet die Bundesregierung wohl auch den öffentlichen Aufschrei: Immerhin waren vermutlich auch deutsche IS-Kämpfer an brutalen Verbrechen der Terrormiliz in Syrien und dem Irak beteiligt.

Dünne Beweislage ist ein Problem

Einige der nun inhaftierten Extremisten, darunter Fared S. aus Bonn oder Martin L. aus Zeitz in Sachsen-Anhalt, gelten zudem als äußerst gefährlich. Insgesamt 17 sogenannte „Gefährder“ befinden sich unter den deutschen IS-Häftlingen. Die Beweislage ist schwierig, so dass mancher Dschihadist in Deutschland wohl kaum eine harte Strafe zu befürchten hätte.

Ein weiteres Problem: Die Kurdenregion Nordsyrien ist kein international anerkannter Staat. Deutschland unterhält dorthin keine offiziellen diplomatischen Beziehungen. Rein formal wäre eigentlich die Arabische Republik Syrien für die IS-Gefangenen zuständig - und damit das Regime von Baschar al-Assad. Dem Diktator in Damaskus aber will man die Aburteilung über die deutschen Terrorkämpfer nicht überlassen.

Die deutschen Behörden verfolgten daher bislang eine Doppelstrategie: In den vergangenen Monaten wurden immer wieder deutsche IS-Frauen und Kinder mehr oder weniger unbemerkt von der Öffentlichkeit aus dem Irak und der Türkei in die Bundesrepublik geholt. Gleichzeitig betonen deutsche Stellen, dass man das „Strafverfolgungsinteresse“ der lokalen Justiz - etwa der irakischen Gerichte - respektiere. Immerhin habe die Terrormiliz IS vor allem in Syrien und dem Irak gewütet und gemordet.

Aus dem Auswärtigen Amt heißt es dazu: Man wisse von deutschen Staatsbürgern, die sich in der Region in Gefangenschaft befinden. Eine konsularische Betreuung aber sei nur in wenigen Fällen, nämlich im Irak, möglich.

Franzosen haben Rückholaktion angekündigt

Tatsächlich allerdings bekommen die deutschen IS-Gefangenen ziemlich regelmäßig Besuch aus Deutschland: Agenten des Bundesnachrichtendienstes (BND) befragen die Häftlinge in den kurdischen Lagern in Nordsyrien. Die Informationen, die der BND dabei bekommt, stellt der Dienst im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum auch dem Bundeskriminalamt zur Verfügung, das diese dann an die Generalbundesanwaltschaft weitergibt. Über die geheimdienstlichen Vernehmungen des BND sind die Kontrollgremien in Deutschland informiert. Eine genaue Zahl der Besuche vor Ort ist nicht bekannt.

Anfang Februar überraschte die französische Regierung mit der Ankündigung, die rund 130 französischen IS-Anhänger aus der Region zurückzuholen. Zu groß sei die Gefahr, dass die Extremisten irgendwann vielleicht einfach freigelassen würden, hieß es aus Paris. Konkrete Pläne, wie eine solche Rückholaktion aussehen könnte, soll es jedoch noch nicht geben.

Dennoch sieht man sich inzwischen auch in Berlin unter Druck. Innerhalb der Sicherheitsbehörden werden bereits diverse Szenarien durchdacht. Denkbar wäre etwa, dass die USA logistische Hilfe bei der Rücknahme der IS-Dschihadisten leisten könnten. Beispielsweise könnten die Islamisten über die Türkei oder Jordanien ausgeflogen und dann nach Deutschland gebracht werden. Allerdings dürften sich schon der Transport und die Absicherung der zurückgeholten Extremisten äußerst schwierig gestalten. Die Personen müssten nach der Ankunft wohl direkt nach Karlsruhe gebracht werden, um ihnen den Haftbefehl zu eröffnen. „Das wäre juristische Fließbandarbeit“, so ein hochrangiger Sicherheitsbeamter.

„AG Haftfälle“ gegründet

In vielen Fällen könnten die IS-Gefangenen nach ihrer Rückkehr allerdings sogar wieder auf freien Fuß kommen, denn die Beweislage gegen sie ist dünn. Gegen die 42 derzeit inhaftierten Deutschen werden zwar 32 Ermittlungsverfahren geführt, allerdings konnten bislang nur 18 Haftbefehle erwirkt werden.

Deshalb tragen die Sicherheitsbehörden mittlerweile alle verfügbaren Informationen zu den Islamisten zusammen. Im Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum wurde dafür eine eigene Arbeitsgruppe, die „AG Haftfälle“, ins Leben gerufen. In regelmäßigen Sitzungen tauschen hier Polizeibehörden, Verfassungsschutz und BND ihre Erkenntnisse zu den inhaftierten IS-Kadern aus. Das Ziel: Gegen die Gefangenen sollen Haftbefehle erwirkt werden.

<https://www.tagesschau.de/inland/bundesregierung-is-kaempfer-straerverfolgung-101.html>, 18.02.2019

Kurden fordern UN-Gericht für IS-Kämpfer

Was soll mit den in Syrien gefangenen IS-Kämpfern geschehen? Syrische Kurden haben nun vorgeschlagen, sie vor ein UN-Gericht zu stellen – auf syrischem Boden. Derweil geht in Deutschland die Debatte über eine Rückholung weiter.

Europa tut sich schwer mit der Forderung von US-Präsident Donald Trump über eine Rücknahme heimischer IS-Kämpfer. Auch in Deutschland wird weiter kontrovers diskutiert. Jetzt liegt ein alternativer Vorschlag vor: Syriens Kurden haben die Vereinten Nationen aufgerufen, in dem Bürgerkriegsland internationale Sondergerichte für inhaftierte IS-Kämpfer einzurichten.

Die Heimatländer der Dschihadisten hätten bisher nicht auf die Forderung der Kurden reagiert, die IS-Anhänger zurückzuholen, sagte der Sprecher der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF), Mustafa Bali, der Deutschen Presse-Agentur. Im Norden Syriens gebe es nicht die Möglichkeit, die Terroristen juristisch zu verfolgen. Prozesse unter dem Dach der UN könnten hingegen eine Lösung sein, die alle zufrieden stelle.

SDF: 1300 IS-Kämpfer festgenommen

Dem SDF-Sprecher zufolge haben die SDF bisher rund 1.300 ausländische IS-Kämpfer gefangen genommen, Iraker ausgenommen. Einige seien während der Kämpfe gefasst worden, andere hätten sich gestellt. Die Anhänger der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) sitzen in Lagern im Norden Syriens. Aus SDF-Kreisen hieß es, die meisten stammten aus Saudi-Arabien.

Die von den Kurden angeführten SDF-Truppen gehen derzeit im Osten Syriens gegen die letzte IS-Bastion in dem Bürgerkriegsland vor und haben die Dschihadisten in dem Ort Baghus auf engstem Raum eingekreist. Die Zahl der dort verschanzten IS-Kämpfer schätzte Bali auf rund 500. Viele von ihnen sollen Ausländer sein.

US-Präsident Donald Trump hatte die europäischen Länder aufgefordert, in Syrien gefangene IS-Kämpfer zurückzunehmen und vor Gericht zu stellen. Die EU-Staaten sehen jedoch massive praktische Probleme.

NRW-Innenminister für kontrollierte Rückholung

Auch in Deutschland wird darüber seit Tagen kontrovers diskutiert. Neben Ablehnung erhält Trump aber auch Zustimmung: „Wir müssen die im Ausland inhaftierten deutschen Dschihadisten zurücknehmen, daran führt kein Weg vorbei. Weder Deutschland noch Nordrhein-Westfalen wird sich dem verweigern können“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) dem „Spiegel“. Deswegen sei es klug, sich jetzt darauf vorzubereiten und sowohl Sicherheitsbehörden als auch Jugend- und Sozialbehörden zu sensibilisieren.

Dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ sagte Reul, wenn diese ehemaligen IS-Kämpfer deutsche Staatsbürger seien, habe man ohnehin keine Wahl: „Wenn sie reinwollen, müssen wir sie auch reinlassen.“ Er fügte hinzu: „Dann aber ist es doch viel besser, wir holen sie kontrolliert und überwacht zurück.“

Der Grünen-Außenpolitiker Omid Nouripour nannte es in der „Passauer Neuen Presse“ grundsätzlich richtig, deutsche mutmaßliche IS-Unterstützer nach Deutschland zurückzubringen und hier für ihre möglichen Taten zur Verantwortung zu ziehen. „Das deutsche Strafrecht bietet genügend Möglichkeiten, diese gefährlichen Kämpfer hier auch entsprechend zu belangen.“ Die Strafverfolgungsbehörden, die sich mit Verbrechen in Syrien und Irak beschäftigen, müssten allerdings besser ausgestattet werden.

Innenstaatssekretär:

Nein zu kollektiver Rücknahme

„Eine pauschale kollektive Rücknahme von IS-Kämpfern kommt für uns keinesfalls in Betracht“, sagte Innenstaatssekretär Stephan Mayer (CSU) der „Passauer Neuen Presse“. Zudem komme es entscheidend darauf an, die Identität und die deutsche Staatsangehörigkeit schon im Aufenthaltsland zweifelsfrei und lückenlos zu klären.

Nach Informationen von NDR, WDR und „Süddeutscher Zeitung“ sammelt der Bundesnachrichtendienst in Nordsyrien derzeit bereits Beweise gegen inhaftierte deutsche IS-Anhänger. Die Erkenntnisse leite der BND dem Generalbundesanwalt weiter.

<https://www.tagesschau.de/ausland/is-kaempfer-rueckholung-debatte-101.html>, 19.02.2019

DISKUSSION UM IS-KÄMPFER

Deutschland sollte sie zurückholen

Ein Kommentar von Carsten Kühntopp, ARD-Studio Kairo

Es geht um Deutsche, die einst ausgezogen waren, um Syrien zu zerstören und die Menschen dort zu terrorisieren, unter der schwarzen Fahne des IS. Mehrere Jahre lang verbreitete der IS in Syrien und im Irak Angst und Schrecken, seine Anhänger verübten schlimmste Gräueltaten und ungeheuer brutale Verbrechen.

Jetzt ist das IS-Kalifat zerschlagen, denn Dutzende Länder kamen in einer internationalen Koalition zusammen und bekämpften die Terroristen gemeinsam. Aus der Luft griffen vor allem US-Jets die Fanatiker immer wieder an. Am Boden waren es die Syrischen Demokratischen Kräfte,

kurz SDF, die den Terroristen nachstellten, eine von Kurden geführte Allianz mehrerer Milizen.

Radikalisiert haben sie sich in Deutschland

Mutig und unter hohen Verlusten bekämpften die Kurden und die mit ihnen verbündeten Bewaffneten den IS. Sie taten das, um ihr eigenes Land vom IS-Abschaum zu befreien. Aber sie taten es eben auch für uns in Deutschland, damit der Terror nicht zu uns kommt.

Die etwa 1050 Deutschen, die laut Bundesinnenministerium seit 2013 nach Syrien oder in den Irak ausreisten, wussten, was sie taten. Niemand zwang sie dazu. Zwar muss bei jedem einzelnen von ihnen die Schuld im juristischen Sinne erst noch nachgewiesen werden, aber mit unverschuldet in Not geratenen Menschen haben wir es nicht zu tun.

Es war in Deutschland, wo diese Leute einst radikalisiert wurden. Deshalb sind wir moralisch verpflichtet, sie nun zurückzunehmen. Danach haben wir zu prüfen: Liegt genug gegen sie vor, um sie vor Gericht zu stellen? Wenn nicht, müssen die Rückkehrer überwacht werden? Und: Wie können wir sie deradikalisieren? Das ist alles kompliziert und kostet Geld, gewiss - aber so teuer wie die Aufklärungseinsätze, die die deutschen Tornados gegen den IS geflogen sind, dürfte es nicht werden. Die eine Geldausgabe wäre so sinnvoll, wie es die andere war.

Das Problem zu lange ignoriert

Was tun mit den in Ost-Syrien inhaftierten ausländischen IS-Anhängern? Dieses Problem wurde zu lange ignoriert. Die Kurden, die diesen Teil des Landes kontrollieren, haben keine Möglichkeiten einer eigenen Strafverfolgung. Auf Dauer fehlen ihnen die Wachmänner, um die ausländischen IS-Leute und deren Familien hinter Schloss und Riegel zu halten. Vor Monaten warnten die Kurden bereits, dass sie bald nicht einmal in der Lage sein werden, die Inhaftierten zu ernähren.

Den Kurden, unseren Verbündeten im Kampf gegen den IS, schulden wir es, sie von dieser Last zu befreien. Gefragt ist eine kreative und pragmatische Lösung. Diese könnte sein, dass Bundeswehrmaschinen auf irgendeinem Wüsten-Airstrip in Syrien landen und die inhaftierten Deutschen mitsamt ihren Familien ausfliegen.

Wie es kürzlich ein Brite ausdrückte, der zeitweilig an der Seite der Kurden gegen den IS in Syrien gekämpft hatte: „Nehmt euren Müll zurück!“

<https://www.tagesschau.de/kommentar/is-kaempfer-deutschland-101.html>, 18.02.2019

Untätigkeit gefährdet die innere Sicherheit Deutschlands und Europas

Für die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ist die Untätigkeit der Bundesregierung im Fall der in Nordsyrien gefangen gehaltenen deutschen IS-Mitglieder „nicht nachvollziehbar und unverantwortlich“. „Es muss wenigstens eine erkennungsdienstliche Erfassung der Extremisten geben, sonst muss sich die Bundesregierung später vorwerfen lassen, die Sicherheit der Menschen in Deutschland zu gefährden“, forderte der GfbV-Nahostexperte Kamal Sido am Montag in Göttingen. Er hält es für wahrscheinlich, dass die IS-Mitglieder nach einem möglichen Einmarsch türkischer Truppen in Nordsyrien freikommen und nach Deutschland zurückkehren.

Die Behauptungen von Bundesaußenminister Heiko Maas, eine erkennungsdienstliche Erfassung sei außerordentlich schwierig, kritisierte der Menschenrechtler als „Augenwischerei“. Es sei kein Problem, in die nordsyrische Region zu fahren. „Doch Berlin müsste mit den von Kurden dominierten Sicherheitskräften zusammenarbeiten und solch ein offizieller Kontakt soll offenbar aus Rücksicht auf den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan nicht stattfinden“, kritisierte Sido. „Selbst humanitäre Hilfe will die deutsche Bundesregierung in Nordsyrien nicht leisten. So wird nur Erdogans Anhängern geholfen, auch wenn sie Radikalisten sind.“

„Viele der gefangen gehaltenen IS-Mitglieder haben sich an Verbrechen gegen die Menschlichkeit beteiligt. Sie müssen unbedingt vor ein ordentliches Gericht gestellt werden“, sagte Sido. „Das sind wir den Yeziden, Christen, Kurden und anderen Opfern der IS-Barbarei im Irak und in Syrien schuldig.“

Nach Angaben der autonomen Selbstverwaltung in Nordsyrien werden mehr als 800 IS-Kämpfer sowie 900 Frauen und 1.200 Kinder aus 44 Ländern in Nordsyrien gefangen gehalten. Davon sind bis zu 100 aus Deutschland, werden Frauen und Kinder mitgerechnet, schätzen IS-Experten. Nach Angaben deutscher Sicherheitsbehörden sind seit 2013 gut 1.050 Personen in Richtung des Kriegsgebiets in Syrien und im Irak gereist, um sich am „Heiligen Krieg“ („Dschihad“) zu beteiligen.

Gesellschaft für bedrohte Völker e. V., www.gfbv.de, K.Sido@gfbv.de, 18.02.2019

Jesidische Flüchtlinge brauchen Schutz

„Der Rückgang der Schutzquoten jesidischer Flüchtlinge ist erschreckend. Viele von ihnen flohen vor Genozid, Versklavung und Ermordung durch den IS und sind schwerstens traumatisiert. Dennoch werden immer mehr Asylanträge abgelehnt. Das ist insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte ein Armutszeugnis. Auch heute.“ kommentiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Ulla Jelpke, die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage „Die Lage jesidischer Schutzsuchender“ (Drs. 19/6700). Zu den eingeleiteten Widerrufsprüfverfahren aufgrund des Bremer BAMF-Skandals führt die Abgeordnete weiter aus:

„Die Widerrufsprüfungen, egal ob vorgezogen oder regulär, sind nichts Anderes als sinnloser flüchtlingsfeindlicher Aktionismus. Bei 98,9 Prozent der Widerrufsprüfungen bei Jesiden im Jahr 2018 wurde der Schutzstatus bestätigt. Bei den vorgezogenen Widerrufsprüfungen im Rahmen des sogenannten BAMF-Skandals sieht es ähnlich aus. Dieses absurde Verfahren, das Ressourcen im BAMF verschlingt und damit auf Kosten der Qualität der Entscheidungen in Asylverfahren geht, muss abgeschafft werden. Was diese Verfahren erreichen ist, dass anerkannte Schutzsuchende in Angst und Schrecken versetzt oder gar retraumatisiert werden.“

Anfrage und Antwort sind hier einzusehen:

<https://www.ulla-jelpke.de/2019/02/jesidische-fluechtlinge-brauchen-schutz/>



RüstungsInformationsBüro
Informationsportal zu Rüstungsproduktion und Export
www.rfb-ry.de



Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko
Coordinación alemana por los derechos humanos en México

Heckler & Koch wegen illegaler Exporte von G36-Gewehren verurteilt

Erstmals in der Firmengeschichte von Heckler & Koch wurde das Unternehmen wegen illegalen Waffenhandels am 21. Februar 2019 schuldig gesprochen. Zwei ehemalige H&K-Beschäftigte, der Vertriebsleiter I. Sahlmann und die Sachbearbeiterin M. Beuter, wurden zu Haftstrafen zur Bewährung verurteilt. Ihnen wurde bandenmäßiger widerrechtlicher Waffenhandel mit Mexiko nachgewiesen. Die beiden Geschäftsführer P. Beyerle und J. Meurer sowie der Ex-Vertriebsleiter W. Mackrodt wurden freigesprochen.

„Ein klarer Fall von Zweiklassenjustiz: Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen“, sagt Jürgen Grässlin, Vorsitzender des RüstungsInformationsBüro, Bundessprecher der DFG-VK und von Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! „Als Strafanzeigenerstatter gegen Heckler & Koch begrüße ich nachdrücklich die hohe Strafzahlung von über 3,7 Mio. Euro für die Firma. Alles in allem ist dieser Strafprozess gegen Heckler & Koch ein immenser Erfolg für die Friedens-, Entwicklungs- und Menschenrechtsbewegung. Die positive Signalwirkung dieses Prozesses ist: Illegaler Waffenhandel wird von uns aufgedeckt und von Gerichten sanktioniert.“

Das Gericht urteilte, dass Endverbleibserklärungen nicht Bestandteil der Genehmigung für Waffenexporte sind. Damit sind die illegalen Waffenlieferungen in die vier verbotenen Bundesstaaten Mexikos nicht nach dem strengeren Kriegswaffenkontrollgesetz strafbar, sondern lediglich nach dem laxeren Außenwirtschaftsgesetz. „Wenn dieses Urteil hält, ist die bisherige Exportkontrolle für Kriegswaffen und Rüstungsgüter am Ende. Es muss ein völlig neues wirksames Rüstungsexportkontrollgesetz entwickelt und eingeführt werden“, so der Tübinger Rechtsanwalt Holger Rothbauer.



„Verwerflich und erschreckend zugleich ist die Tatsache, dass während des gesamten Verfahrens und auch bei der Urteilsprechung die Opfer in Mexiko in keiner Weise eine Rolle gespielt haben“, kritisiert Carola Hausotter von der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko. „Wir hoffen, dass dieses Urteil dazu beitragen wird, dass es künftig keine deutschen Rüstungsexporte in Länder wie Mexiko und andere Krisenregionen geben wird, denn sie verursachen unendliches Leid“, so Leonel Gutiérrez, Bruder von Aldo Gutiérrez, der beim Polizeieinsatz mit G-36 Sturmgewehren schwer verletzt wurde und seitdem im Koma liegt.

Pressekontakte:

Jürgen Grässlin, RIB e.V., DFG-VK,
Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!,
Tel. 0170-6113759, jg@rib-ev.de, www.gn-stat.org, www.rib-ev.de
Holger Rothbauer, DEHR-Anwälte Tübingen,
Tel. 07071-1504949 und 0173-6577693
Charlotte Kehne, Ohne Rüstung Leben,
Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!,
Tel. 0711-62039372 und 0162-5784235,
orl-kehne@gaia.de, www.ohne-ruestung-leben.de
Carola Hausotter, Deutsche Menschenrechtskoordination
Mexiko, Tel. 0711-57646879, hausotter@mexiko-koordination.de,
www.mexiko-koordination.de

Kurdische Migrant_innen in Deutschland

Engin, Kenan (Hrsg.)



Trotz der rasch zunehmenden Zahl der kurdischen Migrant_innen (über 1 Million) in Deutschland sind die wissenschaftlichen Auseinandersetzungen im Fachdiskurs über die Fluchtursachen, Fluchtwege und die Folgen der Flucht sowie die Sozialisationsprozesse der kurdischen Migrant_innen in Deutschland rar. Insbesondere sind empirische Forschungen

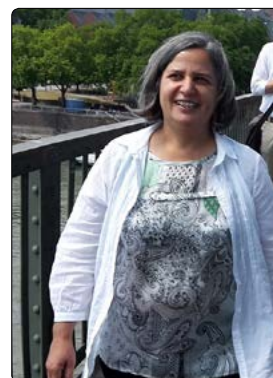
zum Thema kurdische Migration in Deutschland kaum anzutreffen. Die wenigen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen bewegen sich hauptsächlich im politik- oder sprachwissenschaftlichen Bereich und liefern kaum Anschlusspunkte zur Situation der kurdischen Migrant_innen in Deutschland wie z. B. deren Bildungssituation.

Der vorliegende Band gibt einen tiefen Blick über die Situation der Kurden_innen in Deutschland.

kassel university press, ISBN: 978-3-7376-0648-6

Bürgermeister hinter Gittern – Türkei vor den Kommunalwahlen

Während in der Türkei der Wahlkampf zu den Kommunalwahlen stattfindet, verurteilen die gleichgeschalteten Gerichte Erdoğan tagtäglich demokratisch gewählte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Stadträte und sogar Parlamentsabgeordnete zu jahrzehntelangen Haftstrafen.



Sie werden ihres Amtes enthoben, oft jahrelang in Untersuchungshaft festgesetzt und durch Zwangsverwalter des Staates ersetzt. Zu diesem Personenkreis gehört auch Gültan Kışanak, die Oberbürgermeisterin von Diyarbakır. Sie war wegen angeblicher Führung einer Terrororganisation nach 28 Monaten Untersuchungshaft

Anfang Februar zu 14 Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Vor Ihrer Verhaftung stand sie in vielfältigem Kontakt mit vielen Städten, darunter Köln und Hannover.

Die Teilnehmer*innen werden darüber diskutieren, wie es vor dem Hintergrund der Repressionen und Unterdrückung der Opposition vor den bevorstehenden Kommunalwahlen Ende März 2019 um die gewählten Volksvertreter in der Türkei steht.

Es sollen auch Perspektiven der Solidarität und der Bildung von Bündnissen erörtert werden.

Evin Jiyan Kışanak, Tochter von Gültan Kışanak
Dr. Herbert Schmalstieg, OB a.D. Stadt Hannover
Jürgen Roters, OB a.D. Stadt Köln
Leyla Imret, ehem. Bürgermeisterin von Cizre,
Co-Vorsitzende HDP-Deutschland,
Trägerin der Carl-von-Ossietzky Medaille 2018
Andreas Wolter, Bürgermeister der Stadt Köln

Moderation: **Çiler Firtına**

Dienstag, 12.03.2019 um 19 Uhr
Bürgerzentrum Ehrenfeld
Venloer Str. 429, 50825 Köln

Veranstalter:

Plenum „Frieden und Freiheit für die Türkei und Kurdistan“, Dialog-Kreis, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Kinderhilfe Mesopotamien, Kein Mensch ist illegal, Tüday, Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW

Am 14. März findet um 19 Uhr eine Veranstaltung mit Evin Jiyan Kisanak und Herbert Schmalstieg in **Hannover** statt in der Kreuzkirche, Kreuzkirchenhof.

Für die Bereitstellung der Karikaturen danken wir Klaus Stuttmann sehr.
<http://www.stuttmann-karikaturen.de>

Hinweis auf sonstige Infostellen

Azadi e.V. – Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland, azadi@t-online.de; www.nadir.org/azadi/
Demokratisches Türkeiforum, info@tuerkeiforum.net, www.tuerkeiforum.net
Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V., info@civaka-azad.org, www.civaka-azad.org
Gesellschaft für bedrohte Völker, nahost@gfbv.de, www.gfbv.de
Institut für Kurdische Studien e.V., <http://www.ifkurds.de>
ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., isku@nadir.org; www.nadir.org/isku/
Kurdisches PEN-Zentrum, webmaster@pen-kurd.org, www.pen-kurd.org/
Kurdistan Report, www.kurdistanreport.de
NAVEND – Zentrum für kurdische Studien e.V., info@navend.de, <http://www.navend.de/>
The Turkish Economic and Social Studies Foundation (TESEV), www.tesev.org.tr/eng/
Zentrum für Türkeistudien, www.zft-online.de